

Wie rede ich übers Gehalt?



◆ Aus dem Verbandsleben ◆ Interview mit Dr. Heinrich ◆ Unsauberkeit bei der Katze ◆
Hilfe für die Karibik ◆ Arbeitsschutz in der Zahntechnik ◆ Sonderzahlungen ◆

Titel:

Gut vorbereitet in das
Mitarbeitergespräch
S. 29 bis 31

**Berichte**

Aus dem Verbandsleben
ab Seite 6

**Humanmedizin**

Interview mit Dr. Heinrich
Seite 16

**Dentalmedizin**

Hilfe in der Karibik
Seite 20

**Recht**

Sonderzahlungen
Seite 26

Editorial	3
Nachrichten	4
Berichte aus dem Verbandsleben	
In Kontakt mit dem Hartmannbund	
Auf der Practica	6
Neue Thementage für Ausbildungsbeauftragte	
MFA: Nachverhandlungen gefordert.	7
Seminare und Klausurtagung	8
Austausch beim bpt-Kongress	
GK-Tagung / IDS 2023.	9
Der Verband vor Ort	10
Berufe in der Praxis	
Humanmedizin	
„Wir plädieren für eine Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich für MFA	16
Wie viel Spaß macht der Beruf MFA noch?	17
Veterinärmedizin	
Unsauberkeit bei der Katze	18
Dentalmedizin	
Zahnfee hilft in der Karibik.	20
Am Verhandlungstisch ist Platz	21
Zahntechnik	
Arbeitsschutz im Blick.	22
Ausbildung	
Leben wir im Haifischbecken?	24
Auf der Suche nach Berufsnachwuchs	25
Recht	
Sonderzahlungen: Ansprüche und Rückzahlungen	26
Exkurs Urlaubsgeld	27
Titel	
Gut vorbereitet in das Mitarbeitergespräch	29
Kalender	
Bildungswerk für Gesundheitsberufe	32
Veranstaltungen in den Landesverbänden und bundesweit	33
Beitrittserklärung	34

Impressum

praxisnah offizielles Organ des Verbandes
medizinischer Fachberufe e.V.

Ausgabe pn 1+2/2023

Präsidentin: Hannelore König

verantwortliche Redakteurin: Heike Rösch (hr)

Redaktionsanschrift: Valterweg 24-25,
65817 Eppstein

Tel.: (061 98) 5 75 98 78

Fax: (061 98) 5 75 98 88

pn@vmf-online.de

Ständiger Redaktionsausschuss:

S. Gabel, K. Hammermann, H. König,
B. Kronfeldner, M. Schäfer, C. Schüren, K. Will,
Titelfoto: Mix and Match Studio – adobe stock
Foto S. 2 JackF – adobe stock

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Verbreitung, Vervielfältigung und Mikrokopie sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen für alle veröffentlichten Beiträge vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes wieder. Anzeigen laufen außerhalb der Verantwortung des Herausgebers.

Geschützte Warennamen (Warenzeichen®) werden nicht kenntlich gemacht. Aus dem Fehlen eines solchen Hinweises kann nicht geschlossen werden, dass es sich um einen freien Warennamen handelt.

Druck: Schmidt, Ley + Wiegandt GmbH + Co. KG, Lünen

praxisnah erscheint sechsmal im Jahr.

Verband medizinischer Fachberufe e.V.

Geschäftsstelle, Gesundheitscampus-Süd 33,

44801 Bochum, Tel.: (02 34) 777 28-0,

Fax (02 34) 777 28-200

www.vmf-online.de, info@vmf-online.de

Telefonzeiten:

Mo. bis Do. 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Fr.: 8:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Anzeigenverwaltung/Vertrieb:

Geschäftsstelle,

Simone Sievers,

Tel.: (02 34) 777 28-0

Fax: (02 34) 777 28-200

info@vmf-online.de

Bankverbindung:

IBAN DE98 4416 0014 2601 6000 00

Dortmunder Volksbank BIC: GENODEM1DOR

Jahresabonnementspreis 22 Euro inkl. MwSt.

Zustellkosten ins Ausland werden zusätzlich berechnet.

Bestellungen werden vom Verband medizinischer Fachberufe e.V. entgegen genommen.

Für Verbandsmitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Kalenderjahres gekündigt wird. Bei Zahlungsverzug behalten wir uns das Recht vor, die Lieferung einzustellen und das Abonnement zu kündigen.

Die Verpflichtung zur Zahlung bleibt hiervon unberührt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Vor einem Jahr habe ich bewusst geschrieben, dass wir lauter werden müssen. Wir sind 2022 lauter geworden. Wir können auf erfolgreiche Tarifverhandlungen bei den TFA bundesweit und den ZFA in Hamburg, Hessen, Saarland und Westfalen-Lippe sowie eine bemerkenswerte Protestaktion in Berlin mit mehr als 600 Teilnehmenden am 7. September zurückblicken.

Aber wir müssen noch lauter werden! Denn das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz wurde von der Bundesregierung verabschiedet und die Auswirkungen sorgen für große Verunsicherung: Das gilt sowohl für die Neupatientenregelung, die seit Januar 2023 im ärztlichen Bereich greift, als auch für die neuen Regelungen zur PAR-Therapie im zahnärztlichen Bereich. Die Versicherten werden – wie immer – bei den MFA und ZFA nachfragen und nicht bei den Verantwortlichen in der Politik. Wir haben im ärztlichen Bereich bei Dr. med. Dirk Heinrich, Vorsitzender des Virchowbunds nachgefragt. Seine Einschätzung finden Sie auf Seite 16.

Wir unterstützen die ärztlichen Proteste, denn wie bei den Coronaboni wird der ambulante Bereich bei den Hilfsprogrammen von 8 Mrd. Euro für die Kliniken und Pflegeeinrichtungen zusätzlich zur Gas- und Strompreisbremse erneut nicht berücksichtigt. Da auch zum Thema mehr Anerkennung und Wertschätzung für MFA und ZFA als Gesundheitsberufe in der 13-monatigen Amtszeit unserer Bundesregierung trotz Vereinbarung im Koalitionsvertrag nichts passiert und auch nichts sichtbar ist, setzen wir zudem unseren Protest **am 8. Februar 2023 von 13.30 bis 16.00 Uhr am Brandenburger Tor in Berlin fort.**

Wir freuen uns über alle MFA und ZFA, die vor Ort dabei sind. Auch TFA und Zahntechniker*innen können unseren Protest unterstützen. Als Verbandsmitglied erstatten wir Ihnen die Fahrtkosten im ÖPNV in der 2. Klasse. Sie können sich gerne unter aktion@vmf-online.de melden, denn aus vielen Regionen werden bereits Gruppenfahrten organisiert. Sie können aber auch gerne gemeinsam als Praxisteam mitmachen und den 8. Februar 2023 als Energiespartag nutzen. Sprechen Sie Ihre Arbeitgeber*innen ruhig an, denn viele ärztliche und zahnärztliche Verbände haben schon jetzt die Unterstützung unserer Protestaktion angekündigt.

Im Rahmen eines Bundeskongresses feiert der Verband medizinischer Fachberufe e. V. am 14./15. April 2023 sein 60. Verbandsjubiläum. Am 10. Januar 1963 wurde der Berufsverband der Arzthelferinnen in Braunschweig gegründet. Die Schaffung des staatlich anerkannten Berufsbilds der Arzthelferinnen 1965 gilt als 1. Meilenstein. Seit 1969 verhandeln wir Tarifverträge für Medizinische Fachangestellte. Seit 1981 vertreten wir die Tiermedizinischen und Zahnmedizinischen Fachangestellten und haben uns 2010 für die angestellten Zahntechniker*innen geöffnet. Seit dem 6. Juni 2006 sind wir der Verband medizinischer Fachberufe e.V. und können mit Stolz auf die 60 Jahre zurückblicken.

Kommen auch Sie zu unserem Jubiläumskongress am 14./15. April 2023 ins Congress-Centrum nach Würzburg und feiern Sie mit uns gemeinsam. Lassen Sie sich nicht vom Feriende abschrecken, denn Würzburg ist eine tolle Stadt. Wir bieten Ihnen ein buntes zweitägiges Fortbildungsprogramm sowohl berufs- als auch zielgruppenspezifisch mit mehr als 70 Seminaren sowie eine interessante Industrieausstellung.



Hannelore König, Präsidentin

Auch im neuen Jahr lassen wir nicht locker und werden die Ampel-Parteien und die Verantwortlichen in den zuständigen Ministerien an ihre Wahlversprechen erinnern und auf unsere Berufe aufmerksam machen.

Wichtig ist aber auch, dass unsere Berufsangehörigen an der Basis uns unterstützen. Denn nur so können wir noch lauter werden und mehr Aktivitäten planen. Unsere beliebte Aktion „Mitglieder werben Mitglieder“ auf der Rückseite dieser Ausgabe läuft weiter und kann gerne direkt genutzt werden. Überzeugen Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen von unseren Leistungen und von der erforderlichen Solidarität. Denn nur so können wir noch mehr erreichen.

Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen einen guten Start ins neue Jahr und freue mich auf die gemeinsamen Aktivitäten auf Bundes- und Landesebene. Unsere Berufe und Gespräche mit Ihnen als Mitglied in Berlin, Würzburg oder an einem anderen Ort sind mir sehr wichtig.

Ihre Hannelore König

Digital unterstütztes Arzneimittelmanagement

Mit AdAM Todesfälle vermeiden

Rund 18 Millionen Patientinnen und Patienten mit hohem Medikamentenbedarf könnten künftig sicherer behandelt werden. Ermöglichen soll das die flächendeckende „Anwendung für ein digital unterstütztes Arzneimitteltherapie-Management“ (AdAM), die die BARMER und die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) im Rahmen eines Innovationsfondsprojekts entwickelt haben. Das Projekt versorgt laut Evaluationsbericht erstmals Hausarztpraxen digital mit vollständigen Routinedaten der Krankenkasse zu Vorerkrankungen und Arzneimitteln und weist Ärzte auf Risiken durch potenziell gefährliche Wechselwirkungen hin. Mehr als 11.000 bei der Krankenkasse Versicherte und 937 Arztpraxen in Westfalen-Lippe hatten sich von Juli 2017 bis Juni 2021 am Projekt beteiligt. Dadurch könne die durch Neben- und Wechselwirkungen bedingte Sterblichkeit von Polypharmazie-Patienten um zehn bis 20 Prozent gesenkt werden.

Dr. Volker Schrage, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der KVWL: „Der Evaluationsbericht macht deutlich, dass das Projekt ein echter Meilenstein für die Patientensicherheit ist. Durch die Corona-Pandemie sind Stress und Arbeitsaufkommen in den Arztpraxen stark gestiegen, viele Teams arbeiten am maximalen Anschlag. Trotzdem gilt: Die sichere Medikation darf niemals ins Hintertreffen geraten, denn der Schutz der Patientinnen und Patienten steht immer an erster Stelle. Hier ist AdAM für uns ein wichtiger Anker.“

Zur flächendeckenden Umsetzung müssten allerdings neue Rahmenbedingungen geschaffen werden: Einerseits muss die Arzneimitteltherapie samt Dosierung standardisiert kodiert werden. Andererseits bedarf es technischer Schnittstellen, um diese Daten unkompliziert mit Einverständnis der Patienten zwischen Praxen, Apotheken und Krankenhäusern auszutauschen.

Das nächste Projekt – eRIKA – zielt darauf ab, auf Basis des E-Rezeptes Medikationsfehler zu vermeiden.

Petitionsausschuss stimmt zu

Liste Gefährliche Hunde soll überprüft werden

Der Petitionsausschuss des Bundestages hat sich mehrheitlich für eine Überprüfung der Liste „Gefährliche Hunde“ ausgesprochen. Anlass war eine öffentliche Petition (ID 130023), in der gefordert wurde, das Gesetz zur Beschränkung des Verbringens oder der Einfuhr gefährlicher Hunde in das Inland abzuschaffen beziehungsweise die darin enthaltene Liste gefährlicher Hunderassen zu streichen.

Der Petitionsausschuss weist darauf hin, dass mehrere Faktoren, insbesondere auch nichtgenetisch bedingte Einflüsse – darunter vor allem diejenigen, die dem Hundehalter zuzurechnen sind – Hunde gefährlich machen können. Unzweifelhaft sei allerdings, dass die Rassezugehörigkeit, die zugrunde liegende Zucht und nicht zuletzt die körperliche Konstitution nicht unbeträchtliche Gefahrenpotenziale darstellen können. Aus den von den Bundesländern an das BMI übersandten Beiß- bzw. Vorfallstatistiken könne regelmäßig abgeleitet werden, dass von Hunden der vier im Gesetz aufgeführten Rassen „Pitbull-Terrier“, „American Staffordshire Terrier“, „Staffordshire Bullterrier“ und „Bullterrier“ eine erhöhte Gefahr ausgehe. Die Bundesregierung habe mitgeteilt, dass sie auch künftig das Beißverhalten der verschiedenen Hunderassen beobachten und die bestehenden Regelungen gegebenenfalls neu bewerten wolle.

Hohes Maß an Bürokratie zur Minimierung des Antibiotikaverbrauchs

Viel Kritik am Tierarzneimittelgesetz

Am 1. Dezember wurde mit den Stimmen der Regierungskoalition das Gesetz zur Änderung des Tierarzneimittelgesetzes zur Erhebung von Daten über antibiotisch wirksame Arzneimittel verabschiedet.

Zukünftig sollen umfassende Daten über die Vergabe von antibiotisch wirksamen Arzneimitteln an Nutztiere an die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) übermittelt werden. Die vorgesehenen Änderungen würden das nationale Antibiotikaminimierungskonzept erweitern, heißt es in der Begründung. Dies betreffe die Aufnahme neuer Nutzungsarten in das nationale Antibioti-

kaminimierungskonzept, die Neuregelung der Meldepflicht für Behandlungen mit antibiotisch wirksamen Arzneimitteln und die Abänderung verschiedener technischer Vorschriften. So sollen für Tierhalter und die zuständigen Behörden administrative Erleichterungen geschaffen werden.

Am Gesetzentwurf hatte es von Sachverständigen und Verbänden massive Kritik gegeben. Vor allem das hohe Maß an Bürokratie wurde bemängelt. Der Tierärzterverband kritisierte zudem, dass die im Änderungsantrag vorgesehenen Verbote von antibiotischen Wirkstoffen über das EU-Recht hinaus gehen.

Barmer Zahnreport

Zahngesundheit noch nicht

Die Zahngesundheit im jungen und mittleren Lebensalter wird in Deutschland immer besser. Zwischen den Jahren 2012 und 2020 ist bei 20-Jährigen der mittlere Zeitraum ohne invasive Zahntherapie um mehr als sechs Monate auf 4,4 Jahre gestiegen. Bei den 40-Jährigen gab es einen Zuwachs um drei Monate auf 1,9 Jahre. Trotzdem können die Zahlen insgesamt noch nicht zufriedenstellen. Das geht aus dem aktuellen Zahnreport der BARMER hervor. Für verschiedene Alterskohorten wurde untersucht, über welchen Zeitraum sie keine invasive Zahntherapie wie Wurzelbehandlungen, Füllungen, Parodontitisbehandlungen, neue Kronen oder Zahnextraktionen benötigten. Den geringsten Fortschritt gab es demnach bei den 60-Jährigen, bei denen die mittlere therapiefreie Zeit um etwa einen Monat auf 1,6 Jahre angewachsen ist. Fast zwölf Prozent der 60-Jährigen sind zwischen den Jah-

Erste globale Sturzleitlinie veröffentlicht

Krankenhauseinweisungen könnten um 20 Prozent reduziert werden

Ende September 2022 wurde die erste globale Leitlinie zur Sturzprävention veröffentlicht. Mitgewirkt haben 96 Wissenschaftler*innen aus 39 Ländern, darunter der Altersmediziner Professor Clemens Becker, Sturz-Experte der Deutschen Gesellschaft für Geriatrie (DGG): „Uns ist es nach zwei Jahren Arbeit erstmals gelungen, einen globalen Konsens zu schaffen für die Prävention, Diagnostik und Therapie von Stürzen“, resümiert er. Jährlich gebe es in Deutschland eine halbe Million Krankenhauseinweisungen, die unmittelbar auf einen Sturz zurückzuführen sind. Viele ältere Menschen versterben an den Folgen. „Durch eine frühzeitige Prävention – also gezielte Vorsorge – könnten wir die Zahl der Einweisungen um 20 Prozent reduzieren“, so Becker. Mit den „World Falls Guidelines“ stellen die Expertinnen und Experten eine Reihe von evidenz- und konsensbasierter Empfehlungen zur Sturzprävention und -behandlung für ältere Erwachsene zur Verfügung, die insbesondere den

medizinischen Fachkräften neue Möglichkeiten bieten. Empfohlen wird darin, dass alle älteren Erwachsenen wesentlich umfangreicher als bisher zur Sturzprävention und körperlichen Aktivität beraten werden. Mindestens einmal im Jahr sollte der Hausarzt betroffene Patienten nach Stürzen oder Sturzrisiken befragen. Zur Untersuchung sollte auch eine Ganganalyse gehören. „Wir wissen: Unterschreitet das Schrittempo 0,8 Meter in der Sekunde, steigt das Sturzrisiko“, so Becker. „Außerdem sollten Menschen mit Demenz oder Parkinson unbedingt Zugang zu systematischen Trainingsprogrammen erhalten.“ Jede ältere Person – auch jene ohne erkennbare Verletzungen – mit Gebrechlichkeitserscheinungen oder Schwierigkeiten, selbstständig aufzustehen, wird tiefergehend untersucht, so der Konsens der Autor*innen. Bisher wurden die Menschen nur bei Verletzungen oder wiederholten Stürzen umfassender untersucht.

➔ <https://t1p.de/7zirk>

Gesetzliche Pflicht umsetzen

Diskriminierung am Arbeitsplatz stoppen

Wie gelingt es, Beschäftigte vor Diskriminierung zu schützen? Auf topeins.dguv.de informiert dazu das Magazin für Führungskräfte im öffentlichen Dienst:

Im Kampf gegen Diskriminierung ist die Förderung personeller Vielfalt eine wichtige Stellschraube. Sind Teams divers aufgestellt, begünstigt das eine diskriminierungsfreie Arbeitsatmosphäre. Als ein weiterer Baustein wird Teambuilding angeführt. Gemeinsame Erlebnisse schweißen ein Team zusammen und fördern den Austausch.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass Arbeitgebende das Verbot von Diskriminierung am Arbeitsplatz im Unternehmen bekanntmachen müssen. Die Form steht ihnen frei: Sie können Beschäftigte in Schulungen darüber aufklären. Ebenso sind Aushänge oder eine Information im Intranet möglich. Unternehmen sollten zudem eine Beschwerdestelle einrichten, an die sich Beschäftigte wenden können, wenn sie Diskriminierung beobachten oder selbst davon betroffen sind. Wenn es zu Diskriminierung kommt, sind Arbeitgebende verpflichtet, sie zu unterbinden. Je nach Schwere des Falles sind Abmahnungen und sogar Kündigungen rechtlich erlaubt.

WHO-Kooperationszentrum für Antibiotikaresistenz am RKI eingeweiht

Eine schleichende Pandemie

Rund 1,3 Millionen Todesfälle pro Jahr sind laut aktuellen Schätzungen des Instituts für Health Metrics und Evaluation weltweit direkt auf antimikrobielle Resistenz zurückzuführen, in Deutschland sind es bis zu 9.700. Als schleichende Pandemie bezeichnete daher Prof. Lothar H. Wieler, Präsident des Robert-Koch-Instituts, die Antibiotikaresistenzen anlässlich der Einweihung des neuen WHO-Kooperationszentrums für Antibiotikaresistenz, -verbrauch und nosokomiale Infektionen am RKI. Das Zentrum soll die WHO bei der Stärkung und Integration der nationalen Surveillance-Aktivitäten zu Anti-

biotikaresistenz, -verbrauch und nosokomialen Infektionen der Mitgliedsstaaten unterstützen. In Deutschland erhebt das RKI seit Jahren Daten zur Antibiotika-Resistenz-Surveillance (ARS). Dabei werden positive Entwicklungen, etwa die Abnahme von MRSA-Infektionen beobachtet, aber auch problematische Trends, zum Beispiel die Zunahme bei Vancomycin-resistenten Enterokokken und zum Teil auch bei Carbapenem-resistenten Enterobakterien.

➔ Die interaktiven Datenbanken der ARS und des Antibiotika-Verbrauchs wurden kürzlich aktualisiert: <https://t1p.de/dtzar>

zufriedenstellend

ren 2012 und 2020 ohne invasive Zahnbehandlungen ausgekommen. Bei den 40-Jährigen traf dies auf gut elf Prozent zu und bei den 20-Jährigen auf knapp 24 Prozent. Dabei zeige sich in der jüngsten Alterskohorte, dass die Unterschiede zwischen Ost und West offenbar geringer werden.

Den Ergebnissen des Reportes zufolge sind Männer während eines weiten Teils deutlich häufiger langfristig therapiefrei als Frauen.

Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung und die Bundeszahnärztekammer betonten mit Blick auf den Report den Stellenwert von Prävention und Prophylaxe in der modernen Zahnmedizin. Zugleich übten sie deutliche Kritik an der aktuellen Regierungspolitik, die durch Budgetierung und Deckelung eine präventionsorientierte Versorgung erheblich erschwere.

praxisnah

3+4/2023
Verband
medizinischer
Fachberufe e.
VK
ZKZ 14751

Die pr-Ausgabe ist urheberrechtlich geschützt

Treffpunkt

Bundeskongress in Würzburg



◆ Aus dem Verbandsleben ◆ Digitalisierung ◆ Delegationsrahmen für TFA ◆ Vorzeigeprojekt EBZ ◆
Materialunverträglichkeiten ◆ Steuerfreie Leistungen ◆ Palliativversorgung in der Hausarztpraxis ◆

Titel:
Hospiz- und
Palliativversorgung
in der Hausarztpraxis
S. 29 bis 31



Berichte

vom Protesttag
Seite 6/7



Berichte

aus den Landesverbänden
Seite 11



Veterinärmedizin

TFA-Delegationsrahmen
Seite 18



Dentalmedizin

EBZ – das Vorzeigeprojekt
Seite 20

Editorial	3
Nachrichten	4
Berichte aus dem Verbandsleben	
MFA- und ZFA-Protesttag in Berlin	6
Neujahrsempfänge 2023	8
Austausch über Ländergrenzen hinweg	9
Treffpunkt: Bundeskongress in Würzburg	10
Der Verband vor Ort	11
Berufe in der Praxis	
Humanmedizin	
Herzinsuffizienz:	
Das große Einmaleins der Vernetzung	16
Zusammenarbeit mit der Gematik fortgesetzt	16
Digitalisierung als Erlebnis in der „dipraxis“	17
Veterinärmedizin	
Fortbildung im tierärztlichen Praxismanagement	18
Informationen zum TFA-Delegationsrahmen	18
Dentalmedizin	
EBZ – digitales Vorzeigeprojekt ist in der Versorgung angekommen	20
Zahnvorsorge: Drastischer Rückgang bei Kleinkindern	21
Zahntechnik	
Allergie auf Materialien und Füllungen	22
Projektgruppe Arbeitssicherheit	23
Ausbildung	
Prüfungsangst? Wir helfen!	24
Ausbildung kompakt	25
Recht	
Steuerfreie und steuerbegünstigte Leistungen	26
Nachtrag Arbeitszeiterfassung	28
Titel	
Hospiz- und Palliativversorgung in der Hausarztpraxis	29
Kalender	
Bildungswerk für Gesundheitsberufe	32
Veranstaltungen in den Landesverbänden	33
Beitrittserklärung	34

Impressum

praxisnah offizielles Organ des Verbandes
medizinischer Fachberufe e.V.

Ausgabe pn 3+4/2023

Präsidentin: Hannelore König

verantwortliche Redakteurin: Heike Rösch (hr)

Redaktionsanschrift: Valterweg 24-25,
65817 Eppstein

Tel.: (061 98) 5 75 98 78

Fax: (061 98) 5 75 98 88

pn@vmf-online.de

Ständiger Redaktionsausschuss:

S. Gabel, K. Hammermann, H. König,

B. Kronfeldner, M. Schäfer, C. Schüren, K. Will,

Titelfoto: © CTW_Dietmar Denger

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Verbreitung, Vervielfältigung und Mikrokopie sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen für alle veröffentlichten Beiträge vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes wieder. Anzeigen laufen außerhalb der Verantwortung des Herausgebers.

Geschützte Warennamen (Warenzeichen®) werden nicht kenntlich gemacht. Aus dem Fehlen eines solchen Hinweises kann nicht geschlossen werden, dass es sich um einen freien Warennamen handelt.

Druck: Schmidt, Ley + Wiegandt GmbH + Co. KG,
Lünen

praxisnah erscheint sechsmal im Jahr.

Verband medizinischer Fachberufe e.V.

Geschäftsstelle, Gesundheitscampus-Süd 33,
44801 Bochum, Tel.: (02 34) 777 28-0,

Fax (02 34) 777 28-200

www.vmf-online.de, info@vmf-online.de

Telefonzeiten:

Mo. bis Do. 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Fr.: 8:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Anzeigenverwaltung/Vertrieb:

Geschäftsstelle,

Simone Sievers,

Tel.: (02 34) 777 28-0

Fax: (02 34) 777 28-200

info@vmf-online.de

Bankverbindung:

IBAN DE98 4416 0014 2601 6000 00

Dortmunder Volksbank BIC: GENODEM1DOR

Jahresabonnementspreis 22 Euro inkl. MwSt.

Zustellkosten ins Ausland werden zusätzlich berechnet.

Bestellungen werden vom Verband medizinischer Fachberufe e.V. entgegen genommen.

Für Verbandsmitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Kalenderjahres gekündigt wird. Bei Zahlungsverzug behalten wir uns das Recht vor, die Lieferung einzustellen und das Abonnement zu kündigen.

Die Verpflichtung zur Zahlung bleibt hiervon unberührt.

Sicher kommunizieren, auch in schwierigen Zeiten



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir finden es wichtig, sich mit schwierigen Themen zu beschäftigen, die uns alle in irgendeiner Weise betreffen können. Dazu gehört mit Sicherheit die Unterstützung von Menschen in ihrer letzten Lebensphase. In unserem Titelthema „Hospiz- und Palliativversorgung in der Hausarztpraxis“ können Sie lesen, wie diese auch ambulant gelingen kann.

Medizinische Fachangestellte erleben häufiger, wie schwerkranke Patientinnen und Patienten gut versorgt werden und sind sogar aktiv daran beteiligt. Auch Zahnmedizinische Fachangestellte müssen wissen, wie sie zusammen mit Zahnärzt*innen diese Menschen bestmöglich betreuen, wenn z. B. in dieser Zeit Probleme mit den Zähnen oder vorhandenem Zahnersatz auftreten. Zahntechniker*innen werden möglicherweise dazugerufen, wenn es darum geht, die Kaufunktion von defekten oder nicht mehr passenden Zahnprothesen wiederherzustellen.

In der Veterinärmedizin ist das Thema schon längst angekommen. Auch hier geht es um das Begleiten bei schwerwiegenden Erkrankungen, möglichst schmerzfrei und würdevoll, bis zur letzten Konsequenz. Hier leisten die Tiermedizinischen Fachangestellten den Tierbesitzer*innen Beistand bis zum letzten Atemzug ihres geliebten Wegbegleiters.

Im privaten Bereich kann es jede*n treffen, Familienmitglieder, Partner*innen oder Freund*innen auf ihrem letzten Weg zu begleiten. Das verlangt enormes Einfühlungsvermögen und eine äußerst sensible Kommunikation mit allen Beteiligten.

Sichere Kommunikation ist in unseren vier Berufen jedoch nicht nur in solch prekären Situationen wichtig. Wir sollten über diese Kompetenzen auch im ganz „normalen“ Berufsalltag verfügen können. Die Anforderungen, die an jeden einzelnen von uns gestellt werden, sind durchweg komplexer geworden. Der Umgang mit Mitmenschen, Kolleg*innen, Vorgesetzten, Kund*innen und Patient*innen wurde durch die Zeit der Pandemie, den immer stärker werdenden Fachkräftemangel, die Sorgen und Nöte der Menschen durch den Krieg und dessen Folgen und die vielen anderen Faktoren nicht einfacher.

Deshalb haben wir vier Referate bei der Planung unseres Bundeskongresses am 14. und 15. April 2023 in Würzburg großen Wert darauf gelegt, für unsere Berufsangehörigen zum Thema „Kommunikation“ berufsspezifisch unterschiedliche Seminare und Vorträge zu organisieren. Der Ausbau der eigenen Fähigkeiten in diesem Bereich ist ein stetiger Entwicklungsprozess, den wir mit unserem Angebot unterstützen möchten. So kann vielleicht so mancher (Arbeits-)Alltag ein bisschen leichter gestaltet werden. Das gesam-

te Programm für alle vier Berufe finden Sie unter bundeskongress.vmf-online.de. Die Anmeldung ist noch bis 1. April online möglich. Wir freuen uns jedenfalls schon sehr auf Sie!

Neben dem Titelthema finden Sie auch in dieser Ausgabe wieder einen bunten Strauß an interessanten und nützlichen Informationen. Schauen Sie doch einfach rein und pflücken Sie, was Ihnen gefällt. Wir wünschen viel Spaß dabei!

Ihre Referatsleitungen

Barbara Kronfeldner

Referat Medizinische Fachangestellte

Katrin Hammermann

Referat Tiermedizinische Fachangestellte

Sylvia Gabel

Referat Zahnmedizinische Fachangestellte

Karola Will

Referat Zahntechniker*innen

Psychosoziale Faktoren bei Menschen mit Demenz

Soziale Kontakte sind von Relevanz

Bisher standen bei der Versorgung von Menschen mit Demenz vor allem medizinische und pflegerische Aspekte im Vordergrund. Eine aktuelle Studie des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) rückt psychosoziale Aspekte stärker in den Fokus.

Zentrales Ergebnis: Von Demenz betroffene Menschen, die in ihrem gewohnten Umfeld betreut werden und sozial eingebunden sind, weisen bessere Krankheitsverläufe auf. Die Ergebnisse geben Hinweise für ein gutes Miteinander mit an Demenz erkrankten Menschen sowie ihrer Pflege und Behandlung: Demnach spielt die eigene Lebenswelt für Menschen mit Demenz eine besonders wichtige Rolle. Gute und regelmäßige soziale Kontakte, vor allem gemeinsame Aktivitäten, die das soziale Miteinander fördern und Menschen mit Demenz aktiv am Alltag teilhaben lassen, wirken sich positiv auf Demenzsymptome aus.

Die Studie bestätigt mit ihren Ergebnissen Untersuchungen aus dem Ausland. Aus den Ergebnissen der Fokusgruppen-Diskussionen leiten die Forschenden konkrete Handlungsempfehlungen ab. Danach ist es wichtig, Modellprojekte zu initiieren, die „positive soziale Kontakte von Menschen mit Demenz“ stärken. Bedarf besteht auch an gesellschaftlicher Aufklärung sowie der Unterstützung der Angehörigen, um ein Verständnis für Demenzsymptome zu schaffen. In der Praxis scheitern allerdings viele Ansätze am Mangel an geschultem Personal, weiten Entfernungen und entsprechenden Transportmöglichkeiten. „Trotzdem wäre es ein nächster wichtiger Schritt, konkrete praktische Möglichkeiten zu entwickeln, um die nachweislich effektivsten psychosozialen Maßnahmen in die Demenzversorgung zu integrieren“, schlussfolgern die Autorinnen.

➔ <https://bit.ly/40AD8Lc>

Rheumatische Erkrankungen

Ein Hund für mehr Lebensqualität

Patientinnen und Patienten mit einer chronisch entzündlichen rheumatischen Erkrankung können ihre Lebensqualität durch einen Hund entscheidend verbessern. Eine Studie der Hochschule Hannover zu Gelenkrheuma bei Frauen und Männern, die sich zu Hause einen Hund oder eine Katze halten, belegt den positiven Einfluss. Zu ihrem Befinden wurden 150 Betroffene aus der rheumatologischen Ambulanz der Klinik mit Arthritis (RA), Psoriasis-Arthritis (PsA) und Spondyloarthritis (SpA) befragt. Ein Haustier hielten 38 Prozent von ihnen, mehrheitlich Hunde. 80 Prozent der Betroffenen gaben einen positiven Einfluss des Haustieres auf ihr Allgemeinbefinden an, wobei Hunde einen deutlich größeren Einfluss hatten als Katzen. „Ob dieser Effekt jedoch allein auf die vermehrte Bewegung durch die Hundehaltung oder auch aus einer emotionalen Zuwendung zum Haustier resultiert, lässt sich aus den vorliegenden Daten nicht erkennen“, resümierte Studienleiterin Stefanie Hirsch auf dem Deutschen Rheumatologiekongress 2022. Die Erkenntnis, dass Bewegung für Betroffene mit chronisch-entzündlichen Gelenkerkrankungen von Vorteil ist, unterstreicht auch die European Alliance Of Associations For Rheumatology (EULAR). In ihren aktuellen Empfehlungen spricht sie sich für möglichst regelmäßige Bewegung aus. Es habe sich herausgestellt, dass sich Rheumakranke, die rund 150 Minuten pro Woche allein oder in Gruppen trainieren, wesentlich besser fühlen.

➔ <https://bit.ly/3YJbObV>

#SchüttelMichNicht

Mit Simulationspuppe über

Über die Initiative #SchüttelMichNicht der Babylotsen der Berliner Charité und des Interessenverbandes der Shopping-Center (GCSP) wurden bis Ende 2022 an mehr als 100 Geburtskliniken Simulationspuppen verteilt. Ziel ist es, werdende Eltern über das Schütteltrauma aufzuklären. Anhand der Puppen werden die lebensbedrohlichen Folgen des heftigen Schüttelns von Neugeborenen demonstriert. So berichtet das Perinatalzentrum des Universitäts-Kinder-Frauenzentrums Dresden: Eine der Herausforderungen von Eltern zu früh oder krank geborener Kinder kann darin bestehen, dass sie auf Grund ihrer Unreife häufig und lange schreien und mitunter schwer zu beruhigen sind. Damit Eltern lernen, mit dieser Situation zurechtzukommen und nicht in der Stresssituation überzureagieren, werden sie vom FamilieNetz geschult. Dabei wird nun auch die gespendete Simulationspuppe eingesetzt. „Nachdem es gelungen ist, auch die medizinische Versorgung von extrem früh oder krank geborenen Babys in hoch spezialisierten Zentren verlässlich auf einem sehr hohen

EU-Kommission bessert bei MDR nach

Fristen verlängert

Der Bundesverband Medizintechnologie (BVMed) sieht in dem Anfang Januar von der EU-Kommission vorgelegten Legislativvorschlag zur Verbesserung der EU-Medizinprodukte-Verordnung (MDR) ein gutes Signal für die medizinische Versorgung und den Medizinprodukte-Standort Europa.

Die EU-Kommission hat zur Vermeidung von Engpässen bei Medizinprodukten unter anderem eine Verlängerung der Übergangsfrist vorgeschlagen. Die Zertifizierung von Produkten mit höherem Risiko (wie Implantate) soll nun bis Dezember 2027, für Produkte mit geringerem Risiko bis Dezember 2028 gelten. Der Vorschlag muss vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommen werden. Als Hauptproblem bei der MDR-Implementierung werden Kapazitätsengpässe bei den „Benannten Stellen“ angegeben.

Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) sieht die Fristverlängerung nur als Etappensieg. Für viele kleinere Hersteller im zahnärztlichen Bereich sei der komplizierte und deutlich verteuerte Prozess der Zertifizierung die viel höhere Hürde. Befürchtet wird, dass die Produktvielfalt verschwindet und nur noch einige große Hersteller den Markt beherrschen.

Schütteltrauma aufklären

Niveau sicherzustellen, rückte in den vergangenen Jahren die Lebensqualität dieser Kinder und ihrer Eltern stärker in den Fokus“, sagt Prof. Michael Albrecht, Medizinischer Vorstand des Dresdner Uniklinikums: „Die Simulationspuppe ist in diesem Rahmen ein praxisnahes Mittel, das die Eltern befähigen kann, auch in Stresssituationen richtig zu agieren.“

Jedes Jahr werden in Deutschland bis zu 200 Kinder aufgrund eines Schütteltraumas in eine Klinik gebracht. Die Dunkelziffer liegt vermutlich doppelt so hoch. Zwischen zehn und 30 Prozent davon überleben die dabei entstandenen Hirnverletzungen nicht, so Schätzungen. 50 bis 70 Prozent der Babys, die mit Schütteltrauma in Kliniken gebracht werden, erleiden schwerste bleibende körperliche und geistige Beeinträchtigungen.

Eltern, die vom Schreien ihres Kindes stark verunsichert sind, sich erschöpft fühlen und in Folge dessen ihrem Kind gegenüber negative Gefühle empfinden, sollten frühzeitig professionelle Hilfe suchen.

Intransparentes Vorgehen sichtbar machen

Anzeige erstattet

Wegen des Verdachts der zweckwidrigen Verwendung von Versicherungsgeldern haben sieben in der Arbeitsgemeinschaft der KZVen verbundene Kassenzahnärztliche Vereinigungen bei der Antikorruptionsstelle des GKV-Spitzenverbandes Anzeige erstattet. Sie werfen der GKV vor, unnötig entstehende Mehrausgaben beim Konnektortausch in Höhe von 72.654.050 Euro allein im Zeitraum 1. September 2022 bis 31. März 2023 hinzunehmen, berichtet Heise online. <https://bit.ly/3X65ny3>

Recherchen des Chaos Computer Clubs (CCC) hatten bereits bescheinigt, dass ein kompletter Austausch der Konnektoren mit Ablauf der Zertifikate unnötig sei. Mit Bekanntwerden der CCC-Aussagen hatte sich auch der FVDZ an das Bundeskartellamt gewandt und um eine Überprüfung des Vorgangs gebeten. FVDZ-Digitalvorstand Dr. Kai-Peter Zimmermann: Wenn ein Hersteller wider besseres Wissen auf dem Austausch der Konnektoren beharre und die GKV für die Kosten des Austauschs aufkomme, könne man sich schon einmal fragen, ob es da eine unerlaubte – und vor allem nicht sachgerechte – Einflussnahme seitens der Industrie gebe.

BG ETEM bietet App an

Entspannende Pausen

Wer keine Pause macht, arbeitet weniger effizient. Um gestresste Führungskräfte und Mitarbeitende bei dem Abschalten zu unterstützen, bietet die Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM) die App „KurzPausen“ zum kostenlosen Download an.

Die App will Erholungszeiträume von einigen Minuten zur Wiederherstellung der inneren Balance schaffen. Physische und psychische Ressourcen werden durch kleine Momente der Regeneration gestärkt. Jede der 20 Übungen ist in sich abgeschlossen und dauert nur wenige Minuten. Die App bietet vier Anwendungsfelder: Entspannung, Bewegung, Motivation und Konzentration.

Die App kann unter www.bgetem.de (Webcode 22613366) kostenlos heruntergeladen und auf dem Home-Bildschirm des Smartphones gespeichert werden.

Emotionale Misshandlung bei Kindern und Jugendlichen

Schwere Folgen psychischer Gewalt

Kinder im Alter zwischen drei und 16 Jahren besitzen ein erhöhtes Risiko, als Folge emotionaler Misshandlung psychische Störungen zu entwickeln. Zu diesen Studienergebnissen sind Forschende der Universitätsmedizin Leipzig in Zusammenarbeit mit weiteren deutschen Universitäten gekommen.

Beispiele für emotionale Misshandlung, auch bekannt als psychische Gewalt, sind, wenn Eltern ihre Kinder extrem erniedrigen, damit drohen, sie ins Heim zu stecken oder ihnen die Schuld für die eigene psychische Belastung oder Suizidgedanken geben. Auch von Kindern beobachtete körperliche Gewalt zwischen den Eltern spielt eine entscheidende Rolle. „Bei unseren Studienergebnissen zeigt sich deutlich, dass emotionale Misshandlung nicht nur eine sehr häufige Form von Misshandlung ist, sondern auch eine mit psychischen Folgen, die ähnlich oder sogar noch schwerer wiegen als bei anderen Misshandlungsformen“, erklärt Studienleiter Dr. Lars White, Forschungsgruppenleiter an der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik des Kindes- und Jugendalters des Leipziger Universitätsklinikums. In ihrer Studie mit 778 Kindern fanden die Forschenden heraus, dass 80 Prozent der untersuchten Kinder und Jugendlichen, die von Misshandlung berichteten, auch emotionale Misshandlung erfahren hatten. Damit stellte emotionale Misshandlung die häufigste Form von Kindesmisshandlung dar. Zudem konnten sie zeigen, dass emotionale Misshandlung von allen Misshandlungsformen die stärksten Auswirkungen auf die Psyche der Kinder und Jugendlichen besaß, auch im Vergleich mit normalerweise wesentlich stärker beachteten Misshandlungsformen wie körperliche Misshandlung. Bei jüngeren Kindern zwischen drei und acht Jahren führte emotionale Misshandlung dabei vor allem zu Verhaltensauffälligkeiten, bei den älteren eher zu Depressionen und Angststörungen. Mit Blick auf den Alltag von Familien erklärt Dr. White: „Wir müssen Eltern dafür sensibilisieren, öfter die Perspektive des Kindes einzunehmen. Noch vor 30 Jahren gab es die landläufige Meinung, Kinder sollen schreien gelassen werden und das, was sie in der Kindheit erleben, vergessen sie sowieso. Zunehmend gibt es aber einen enormen Sinneswandel und ein Verständnis dafür, dass wir uns den Jüngsten auch zuwenden müssen, wenn sie schwierige Gefühle zeigen, zum Beispiel wütend oder traurig sind.“

Jubiläumskongress in Würzburg:

Themen, Tipps und Teamarbeit



- ◆ Aus dem Verbandsleben ◆ Gewalt ◆ Tierarzneimittelrecht ◆ Fragen zur Ausbildungsordnung ◆
Transparenz bei Gehältern ◆ Vergütungen bei Mini-/Midi-Jobs und in der Ausbildung ◆

Titel:
Jubiläumskongress in
Würzburg
S. 29 bis 31



Berichte

aus dem Verbandsleben
 Seite 6 bis 15



Humanmedizin

Diskussion über Gewalt
 Seite 16/17



Veterinärmedizin

Neues Tierarzneimittelrecht
 Seite 18/19



Zahntechnik

Transparenz bei Gehältern
 Seite 22/23

Editorial 3

Nachrichten 4

Berichte aus dem Verbandsleben

Neu: vmf-Talk 6

Grundlagen für PA-Arbeit gelegt

Konferenz der Fachberufe 7

IDS 2023 – ein Ort der Begegnung 8

Darmkrebsmonat März

Antrag im Bundestag auf Inflationszuschuss für MFA und ZFA..... 9

Der Verband vor Ort 10

Berufe in der Praxis

Humanmedizin

„Heute musst du bereit sein zur Abwehr“ 16

Was ist QEP? 17

Veterinärmedizin

Was ändert sich mit dem neuen Tierarzneimittelrecht?..... 18

Für Sie gelesen: Atlas Kleintierzahnheilkunde 18

Dentalmedizin

Fragenmarathon zur neuen ZFA-Ausbildungsordnung 20

Zahntechnik

Schluss mit der Heimlichtuerei? 22

Ausbildung

Die 1.000-Euro-Grenze 24

Recht

Was gilt für Vergütungen nach Mindestlohn, bei Mini- und Midijobs? 26

Titel

Bundeskongress in Würzburg: Themen, Tipps und Teamarbeit 29

Kalender

Bildungswerk für Gesundheitsberufe 32

Veranstaltungen in den Landesverbänden 33

Beitrittserklärung 34

Impressum

praxisnah offizielles Organ des Verbandes medizinischer Fachberufe e.V.

Ausgabe pn 5+6/2023

Präsidentin: Hannelore König

verantwortliche Redakteurin: Heike Rösch (hr)

Redaktionsanschrift: Valterweg 24-25, 65817 Eppstein

Tel.: (061 98) 5 75 98 78

Fax: (061 98) 5 75 98 88

pn@vmf-online.de

Ständiger Redaktionsausschuss:

S. Gabel, K. Hammermann, H. König,

B. Kronfeldner, M. Schäfer, C. Schüren, K. Will,

Titelfoto: Tanja Winner

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Verbreitung, Vervielfältigung und Mikrokopie sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen für alle veröffentlichten Beiträge vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes wieder. Anzeigen laufen außerhalb der Verantwortung des Herausgebers.

Geschützte Warennamen (Warenzeichen®) werden nicht kenntlich gemacht. Aus dem Fehlen eines solchen Hinweises kann nicht geschlossen werden, dass es sich um einen freien Warennamen handelt.

Druck: Schmidt, Ley + Wiegandt GmbH + Co. KG, Lünen

praxisnah erscheint sechsmal im Jahr.

Verband medizinischer Fachberufe e.V.

Geschäftsstelle, Gesundheitscampus-Süd 33, 44801 Bochum, Tel.: (02 34) 777 28-0,

Fax (02 34) 777 28-200

www.vmf-online.de, info@vmf-online.de

Telefonzeiten:

Mo. bis Do. 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Fr.: 8:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Anzeigenverwaltung/Vertrieb:

Geschäftsstelle,

Simone Sievers,

Tel.: (02 34) 777 28-0

Fax: (02 34) 777 28-200

info@vmf-online.de

Bankverbindung:

IBAN DE98 4416 0014 2601 6000 00

Dortmunder Volksbank BIC: GENODEM1DOR

Jahresabonnementspreis 22 Euro inkl. MwSt.

Zustellkosten ins Ausland werden zusätzlich berechnet.

Bestellungen werden vom Verband medizinischer Fachberufe e.V. entgegen genommen.

Für Verbandsmitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Kalenderjahres gekündigt wird. Bei Zahlungsverzug behalten wir uns das Recht vor, die Lieferung einzustellen und das Abonnement zu kündigen. Die Verpflichtung zur Zahlung bleibt hiervon unberührt.

„Nie war der Verband medizinischer Fachberufe wichtiger als jetzt im 60. Jahr seines Bestehens.“



Hannelore König, Präsidentin

Diese Worte aus dem Grußwort zu unserem Verbandsjubiläum von Bernhard Seidenath, MdL der CSU, Vorsitzender des Ausschusses Gesundheit und Pflege im Bayerischen Landtag sind eine wichtige Botschaft an alle Medizinischen, Tiermedizinischen und Zahnmedizinischen Fachangestellten sowie angestellten Zahnärztinnen und Zahnärzte, aber auch ein deutliches Signal an alle Verantwortlichen in der Politik auf Landes- und Bundesebene.

Es geht um Anerkennung und Wertschätzung der Leistungen unserer Berufsangehörigen und die dringend notwendige Gegenfinanzierung der Tarifsteigerungen. Seit 2021 sind wir mit dem Bayerischen Gesundheitsminister Klaus Holetschek zu den schwierigen Rahmenbedingungen in unseren Berufen im konstruktiven Dialog. Wir wurden im Landesgesundheitsrat und im Beirat gezielt zur Situation unserer Berufe gehört. Auf Initiative von Bernhard Seidenath fanden Werkstattgespräche zur Aufwertung von MFA und ZFA und zur dringend notwendigen Refinanzierung der Tarifierhöhungen statt. Erste Anträge zum Bayerischen Staatshaushalt 2023 wurden bereits an die Bundesebene gestellt, weitere Anträge folgen.

Das reicht allerdings nicht, denn in allen anderen Bundesländern wird der Handlungsbedarf trotz zahlreicher Briefe und diverser Gespräche noch nicht gesehen.

Wir müssen daher lauter werden und noch deutlicher zeigen, dass ohne unsere Berufe die ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung in Gefahr ist. Das gilt ebenso für das Zahntechnikhandwerk. Auch in der veterinärmedizinischen Versorgung geht laut Dr. Dirk Remien, Präsident des Verbundes unabhängiger Kleintierkliniken, bei unserer Podiumsdiskussion ohne TFA das Licht aus.

In der Diskussion zur Frage „Was passiert, wenn Praxen aufgrund von Fachkräftemangel schließen (müssen)?“ wurde deutlich, wie groß der Handlungsbedarf und wie wichtig die Arbeit unseres Verbandes ist. Mehr dazu ab Seite 29.

Es gab nicht nur in Grußworten und Gratulationsschreiben Lob und Dank für unsere Arbeit, sondern auch von den vielen anwesenden Ehrengästen aus Kammern, Institutionen, Partnern und Verbänden. Darauf können wir stolz sein und den Schwung der Samba-Gruppe Edyllia aus der Jubiläumsveranstaltung mit ins nächste Jahrzehnt nehmen.

Unter dem Motto „wir wollen lauter werden“ haben wir uns bewusst für eine Samba-Gruppe entschieden, um ein starkes Signal in Richtung der politischen Verantwortlichen zu senden. Ein breites Bündnis zur Stärkung unserer Berufe besteht bereits und weitere Gespräche zur strategischen Zusammenarbeit folgen.

Denn wir müssen lauter werden und das gilt auch für alle Berufsangehörigen, denen wir als Berufsverband und Ge-

werkschaft seit 60 Jahren eine Stimme geben. Wir fordern von den Verantwortlichen einen Dialog auf Augenhöhe und Gespräche mit – statt über – uns.

Wir gestalten die Zukunft unserer Berufe aktiv und brauchen dafür die Unterstützung der Basis.

Gestalten auch Sie als Medizinische, Tiermedizinische, Zahnmedizinische Fachangestellte oder Zahnärzt*in Ihre Zukunft mit. In der Mitgliederversammlung in Ihrer Bezirksstelle können Sie sich wohnortnah einbringen und die aktuellen Themen diskutieren. Sie können unsere Fortbildungsveranstaltungen in Präsenz oder online besuchen, sich beim nächsten vmf-Talk spontan einwählen oder unsere aktuellen und umfassenden Informationen im internen Mitgliederbereich nutzen. Bei arbeits- und sozialrechtlichen Fragen können Sie sich durch unsere verbandseigene Rechtsabteilung beraten oder bei Bedarf sogar vor Gericht vertreten lassen.

Überzeugen Sie Kolleginnen und Kollegen vom Engagement und von den Leistungen unseres Verbandes. Lassen Sie uns gemeinsam lauter werden für bessere Rahmenbedingungen in unseren Berufen. Dazu gehören als eine der wichtigsten Stellschrauben noch immer Gehälter, die dem Verantwortungsgrad für die Gesundheit von Mensch und Tier angemessen sind und automatisch gegenfinanziert werden.

Ihre Hannelore König

Mundgesundheit und Risiko für psychische Störungen

Studie zeigt Zusammenhang für bessere Früherkennung

Einem noch wenig untersuchten Forschungsfeld widmet sich die Leiterin der Abteilung Angewandte Emotions- und Motivationspsychologie der Uni Ulm. Professorin Cornelia Herbert untersucht den Zusammenhang zwischen Mundgesundheit, Stress und dem Risiko für psychische Störungen bei jungen Erwachsenen. In einer Online-Pilotstudie wurde an gesunden jungen Erwachsenen untersucht, ob selbstberichtete depressive Symptome, Einstellungen zum Essen und zum Körper, wie sie im Rahmen einer Essstörung vorkommen können, bereits mit Beeinträchtigungen der Mundgesundheit einhergehen – obwohl noch keine psychische Erkrankung vorliegt. Im Ergebnis zeigten sich signifikante Zusammenhänge zwischen Beeinträchtigungen in der Mundgesundheit, depressiven Symptomen, der Unzufriedenheit mit dem eigenen Körper

und bulimischem Essverhalten. Psychophysiologische Stresssymptome scheinen eine wichtige Rolle zu spielen. „Ein weiteres spannendes Ergebnis in der weiblichen Stichprobe war, dass Probleme mit der Mundgesundheit immer auch mit Befindlichkeitsstörungen, wie depressiven Symptomen oder Angst, einhergingen. Außerdem berichteten Personen, die mit dem eigenen Körper unzufrieden waren, im Trend auch von einer schlechteren Mundgesundheit.“ Vor diesem Hintergrund spricht sich die Psychologin für eine bessere Aufklärung und Primärprävention der Mundgesundheit bei jungen Erwachsenen aus. Zudem weist sie darauf hin, dass psychischer Stress sowohl auf die psychische und körperliche Gesundheit als auch auf die Mundgesundheit Auswirkungen haben kann. Zur Studie <https://t1p.de/0vsl4>

Post-Covid-Erkrankungen

Betroffene mit langen Ausfallzeiten

Eine Auswertung des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) zeigt, dass seit Pandemiebeginn bis einschließlich Dezember 2022 knapp 30 Prozent (2,3 Millionen) aller durchgehend erwerbstätigen AOK-Versicherten mindestens einmal im Zusammenhang mit einer Covid-19-Erkrankung in ihren Unternehmen ausgefallen sind. 71.651 Beschäftigte waren von einer Post-Covid-19-Erkrankung betroffen. Relativ viele Post-Covid-Erkrankungen (2,5 Prozent) folgten zwischen September und Dezember 2021 als die Delta-Variante dominierte. „Im bisherigen Verlauf der Pandemie sind nur vergleichsweise wenige Beschäftigte wegen Post-Covid krankgeschrieben worden. Diese relativ wenigen Betroffenen haben aber lange AU-Zeiten von durchschnittlich 30 Tagen. Es muss gelingen, diesen Beschäftigten wieder den Weg in den betrieblichen Alltag zu ebnen“, kommentiert Helmut Schröder, stellvertretender Geschäftsführer des WIdO, diese Ergebnisse. „Eine gute Nachricht ist, dass sowohl die Zahl der Betroffenen als auch die Schwere der Erkrankung, die aus den Ausfalltagen abgeleitet werden kann, im Verlauf der Pandemie nachgelassen haben.“

Broschüre zur Frauengesundheit in Deutschland

Aufmerksamkeit ist notwendig

Das Robert-Koch-Institut hat Informationen und Eckdaten zur Frauengesundheit in Deutschland in einer Broschüre zusammengefasst. Sie gibt Auskunft über Erkrankungen, Risikofaktoren, die Inanspruchnahme von Prävention und medizinischer Versorgung sowie Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen. So sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen die häufigste Todesursache bei Frauen und Männern; 2020 waren bei Frauen 37 Prozent aller Todesfälle darauf zurückzuführen. Trotzdem gelten sie weiterhin als eher „männliche“ Erkrankungen und Frauen unterschätzen häufig ihr Erkrankungsrisiko. Frauen bekommen im Durchschnitt später einen Herzinfarkt als Männer und haben häufig andere Symptome. „Mit der vorliegenden Broschüre sorgen wir für eine solide Informationsgrundlage zur Gesundheit von Frauen und Mädchen in Deutschland. Und wir zeigen, wo Handlungsbedarf besteht, etwa in Prävention, Forschung und medizinischer Ausbildung“, erklärt dazu Bundesgesundheitsminister Prof. Karl Lauterbach. Die Broschüre basiert auf dem umfassenden Bericht, den das RKI im Dezember 2020 veröffentlicht hat. Ausgewählte Inhalte wurden neu aufbereitet und Daten aktualisiert. Das Thema Frauen in der Corona-Pandemie erhielt ein eigenes Kapitel. Download <https://t1p.de/2p15f>

Landgericht (LG) München zur Ärzteliste von FOCUS

Siegel für Ärzte ist irreführend

Die 4. Kammer für Handels-sachen am LG München hat der Unterlassungsklage eines Verbraucherschutzverbandes wegen der Verleihung und Publizierung des Ärzte-Siegels im Magazins Focus stattgegeben. Der Verband hatte beanstandet, dass der Verlag gegen ein Entgelt von rund 2.000 Euro an Ärztinnen und Ärzte Siegel verleihe. Die Beklagte verstößt durch die Vergabe der Siegel, die nach ihrem eigenen Vortrag von den Ärzten werblich genutzt werden sollen, gegen das lauterkeitsrechtliche Irreführungsverbot. Mit den Siegeln werde der Eindruck erweckt, dass die betreffenden Ärzte, die als „TOP-Me-

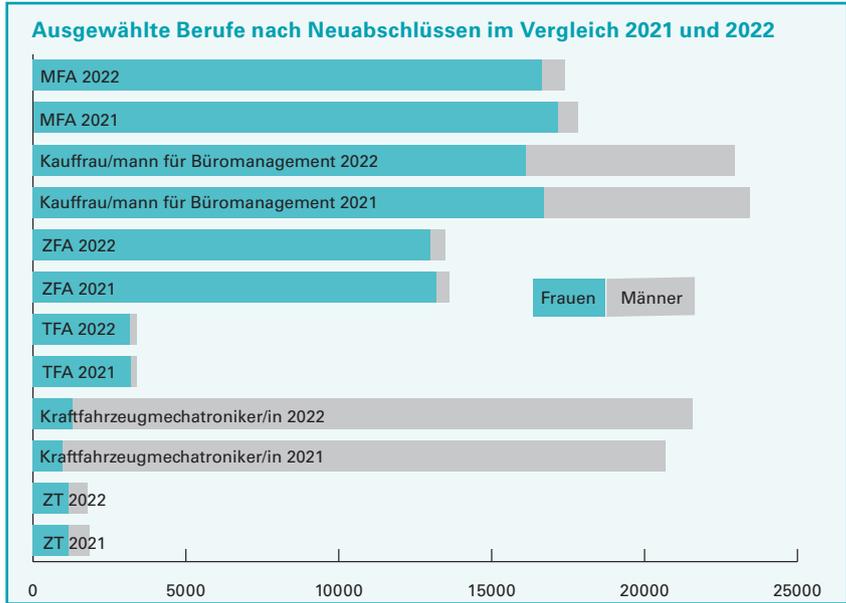
dziner“ bezeichnet bzw. als „FOCUS-Empfehlung“ angepriesen werden, aufgrund einer neutralen und sachgerechten Prüfung ausgezeichnet wurden und dadurch eine Spitzenstellung unter den Ärzten gleicher Fachdisziplin einnehmen, so das Landgericht in Urteil vom 13.02.2023 (Az. 4 HKO 14545/21). Die von der Beklagten gegen Bezahlung einer nicht unerheblichen sog. Lizenzgebühr vergebenen Siegel haben die Aufmerksamkeit eines Prüfzeichens und werden in den vorgelegten Medien auch als solche werbend verwendet. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Mehr auf <https://t1p.de/kdhf5>

MFA und Kfz-Mechatronik weiter auf Platz 1

Zum zweiten Mal in Folge haben Frauen in der dualen Berufsausbildung die meisten neuen Ausbildungsverträge im Beruf der Medizinischen Fachangestellten abgeschlossen. Mit 16.656 (2021: 17.154) neuen Verträgen behauptete sich dieser Beruf auf Platz 1 der „Rangliste 2022 der Ausbildungsberufe nach Anzahl der Neuabschlüsse – Frauen“ vor der Kauffrau für Büromanagement mit 16.116 (2021: 16.725) neuen Verträgen. Dahinter folgen die Zahnmedizinischen Fachangestellten, die Verkäuferin, die Kauffrau im Einzelhandel und die Industriekauffrau.

Insgesamt haben 2022 in diesen sechs Berufen 42 Prozent der jungen Frauen einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen. Auf die Top Ten-Berufe der Rangliste entfallen sogar 53 Prozent aller weiblichen Neuabschlüsse. Das ergaben die Auswertungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) auf der Grundlage der Daten zum 30.09.2022. Berücksichtigt werden die anerkannten dualen Ausbildungsberufe nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO).

Bei den Männern liegt der Kraftfahrzeugmechatroniker weiterhin an der Spitze: 20.295 (2021: 19.713) Män-



ner haben 2022 einen Ausbildungsvertrag in diesem Beruf neu abgeschlossen. Für eine Ausbildung zum MFA haben sich übrigens 747 (2021: 687) und zum ZFA 465 (2021: 411) Männer entschieden. Bei den Tiermedizinischen Fa-

changestellten waren es 2022 insgesamt 3.180 Frauen (2021: 3195) und 222 Männer (2021: 198). Die Ausbildung zum bzw. zur Zahntechniker*in begannen 1.158 Frauen (2021: 1176) und 633 Männer (2021: 660).

Struktur des Andock-Proteins bestimmt

Neue Angriffsmöglichkeit gegen Staupevirus entdeckt

Forschende der Universität Bern und der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften haben erstmals die Struktur des „Andock-Proteins“ des hochansteckenden Hundestaupevirus bestimmt und auf molekularer Ebene abgebildet. Das Virus ist eng verwandt mit dem Masernvirus und gefährlich für Hunde und wildlebende Tiere. Mit ihrer Entdeckung sehen die Forschenden einen Grundstein für die Entwicklung neuer Therapien.

Das Hundestaupevirus (Canine Distemper Virus, CDV) verursacht speziell bei Wildtieren große Epidemien. Es besteht zudem ein hohes Risiko einer Übertragung auf andere Tierarten – in Ländern mit unzulänglichem Impfschutz können Hunde schwer befallen werden.

Der Mechanismus, mit dem sich die Masern- und das Hundestaupevirus in die Zellen einschleusen, basiert auf zwei Proteinen auf der Virushülle: einem „Andock-Protein“ (auch H-Protein genannt) und einem „Fusionsprotein“ (F-Protein). Mittels Kryo-Elektronenmikroskopie konnten die Forschenden nun erstmals erkennen, dass das H-Protein durch drei Hauptdomänen (Köpfe, Hals und Stiel) charakterisiert ist, die sich zu einem „Y“ formen. „Die gleichzeitige Blockierung des Zelleintrittsprozesses mit mehreren unterschiedlichen neutralisierenden Molekülen ist eine vielversprechende antivirale Strategie“, erklären sie. Antikörper, die CDV auf hochwirksame Weise neutralisieren, wurden bereits erfolgreich identifiziert. Bei der weiteren Forschung soll die neu eingerichtete Kryo-EM-Plattform in Bern helfen, dass die Strukturstudien für CDV und verwandte Viren erweitert und beschleunigt werden. Mehr auf <https://t1p.de/o13v6>

Tag der Zahngesundheit 2023

Gesund beginnt im Mund – für alle!

Wie sehr ein Mensch sich um die eigene Gesundheit kümmern kann, hängt von vielen Faktoren ab. Fortgeschrittenes Alter, Pflegebedarf, eine psychische Erkrankung und manche Formen der körperlichen oder geistigen Behinderung können die Selbstfürsorge erschweren. So ist die Mundgesundheit vieler Menschen mit Pflegebedarf oder einer Behinderung oft schlechter als die des Bevölkerungsdurchschnitts. Vor allem ihr Risiko für Karies-, Parodontal- und Mundschleimhauterkrankungen ist überdurchschnittlich hoch. Dies hat Auswirkungen auf die Gesamtgesundheit. Beim Zugang zu einem gesunden Lebensstil begegnen auch Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen, etwa Geflüchtete, Obdachlose oder von Armut betroffene Menschen, Hindernissen. Der Tag der Zahngesundheit 2023, der wie jedes Jahr am 25. September stattfindet, nimmt die Schwierigkeiten vulnerabler Gruppen in den Blick, ihre Gesundheit, vor allem ihre Zahngesundheit, aktiv in die Hand zu nehmen. Unter dem Motto „Gesund beginnt im Mund – für alle!“ soll eine breite Öffentlichkeit dafür sensibilisiert werden.

Lösungen notwendig!

Gegen Gewalt am Arbeitsplatz

- ◆ Aus dem Verbandsleben ◆ Forschung mit und für MFA ◆ Stronglyliden beim Pferd
- ◆ Fragen zur GAP ◆ ZT-Handwerk und Politik ◆ Übernahme nach der Ausbildung ◆ Sozialrecht ◆

Titel:

Gewalt am Arbeitsplatz
S. 28 bis 31



Foto: pathdoc – adobe stock



Berichte

aus dem Verbandsleben
Seite 6 bis 15



Humanmedizin

MFA in der Forschung
Seite 16/17



Veterinärmedizin

Strongyliden
Seite 18 bis 20



Ausbildung

... und nach der Prüfung?
Seite 24/25

Editorial 3

Nachrichten 4

Berichte aus dem Verbandsleben

Rote Karte für die Gesundheitspolitik 6

Nächste vmf-Protестaktion 7

Ärztetag 8

Austausch über Fachkräftesituation 8

Kurz berichtet:

Tarifverhandlung ZFA / Zahnärzteempfang 9

Der Verband vor Ort 10

Berufe in der Praxis

Humanmedizin

Forschung mit und für MFA 16

Veterinärmedizin

Kleine und große Strongyliden beim Pferd 18

Dentalmedizin

Stichwort: Gestreckte Abschlussprüfung 20

Zahntechnik

Für bessere Rahmenbedingungen
im Zahntechnikerhandwerk 22

Ausbildung

Endlich Prüfung bestanden – und dann? 24

Recht

Aktuelle Rechtsprechung der Sozialgerichte 26

Titel

„Gewalt am Arbeitsplatz und besonders
verbale Gewalt gegen MFA ist häufig“ 28

Aggressions- und Gewalterfahrungen:
Präventionsprogramme sind notwendig 31

Kalender

Bildungswerk für Gesundheitsberufe 32

Veranstaltungen in den Landesverbänden 33

Beitrittserklärung 34

Impressum

praxisnah offizielles Organ des Verbandes
medizinischer Fachberufe e.V.
Ausgabe pn 7+8/2023
Präsidentin: Hannelore König
verantwortliche Redakteurin: Heike Rösch (hr)
Redaktionsanschrift: Valterweg 24-25,
65817 Eppstein
Tel.: (061 98) 5 75 98 78
Fax: (061 98) 5 75 98 88
pn@vmf-online.de
Ständiger Redaktionsausschuss:
S. Gabel, K. Hammermann, H. König,
B. Kronfeldner, M. Schäfer, C. Schüren, K. Will
Titelfoto: JackF – adobe stock
Alle Rechte, insbesondere das Recht der Verbrei-
tung, Vervielfältigung und Mikrokopie sowie das
Recht der Übersetzung in Fremdsprachen für alle
veröffentlichten Beiträge vorbehalten. Nachdruck,
auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des
Herausgebers. Namentlich gekennzeichnete Bei-
träge geben nicht unbedingt die Meinung des
Verbandes wieder. Anzeigen laufen außerhalb der
Verantwortung des Herausgebers.
Geschützte Warennamen (Warenzeichen®) werden
nicht kenntlich gemacht. Aus dem Fehlen eines
solchen Hinweises kann nicht geschlossen wer-
den, dass es sich um einen freien Warennamen
handelt.
Druck: Schmidt, Ley + Wiegandt GmbH + Co. KG,
Lünen
praxisnah erscheint sechsmal im Jahr.
Verband medizinischer Fachberufe e.V.
Geschäftsstelle, Gesundheitscampus-Süd 33,
44801 Bochum, Tel.: (02 34) 777 28-0,
Fax (02 34) 777 28-200
www.vmf-online.de, info@vmf-online.de
Telefonzeiten:
Mo. bis Do. 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Fr.: 8:00 Uhr bis 14:00 Uhr
Anzeigenverwaltung/Vertrieb:
Geschäftsstelle,
Simone Sievers,
Tel.: (02 34) 777 28-0
Fax: (02 34) 777 28-200
info@vmf-online.de
Bankverbindung:
IBAN DE98 4416 0014 2601 6000 00
Dortmunder Volksbank BIC: GENODEM1DOR
Jahresabonnementspreis 22 Euro inkl. MwSt.
Zustellkosten ins Ausland werden zusätzlich
berechnet.
Bestellungen werden vom Verband medizinischer
Fachberufe e.V. entgegen genommen.
Für Verbandsmitglieder ist der Bezugspreis im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein
Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des
Kalenderjahres gekündigt wird. Bei Zahlungsver-
zug behalten wir uns das Recht vor, die Lieferung
einzustellen und das Abonnement zu kündigen.
Die Verpflichtung zur Zahlung bleibt hiervon
unberührt.

„Früher war alles besser“?



Barbara Kronfeldner



Anita Marini

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, als wir in den späteren 1990er-Jahren unsere Ausbildung zur Arzthelferin absolvierten, ging es in den Praxen noch weit spannender zu. Die Patientinnen und Patienten standen im Mittelpunkt, administrative Aufgaben beliefen sich in etwa auf 20 Prozent. Dieses Verhältnis hat sich umgedreht, sodass die Verwaltungstätigkeiten mit geschätzt 80 Prozent mittlerweile einen Großteil unserer Arbeitszeit dominieren.

Früher waren die Praxen personell meist gut besetzt und Arbeitsplätze in den Praxen sehr begehrt. Nicht nur der Fachkräftemangel hat die Personaldecke in den letzten Jahren empfindlich schmelzen lassen. Ebenso spielen die gestiegenen Kosten für z. B. Energie, Digitalisierung etc. bei gleichzeitigen Budgetierungen eine Rolle.

So muss die viele Arbeit sowieso auf weniger Schultern aufgeteilt werden und wenn jemand wegen Krankheit oder Schwangerschaft ausfällt, dann steigt der Stresslevel für die, die noch da sind. Burnout oder Kündigungen als mögliche Folgen eskalieren die Spirale somit weiter.

Die meisten Verordnungen waren früher problemlos. Die Krankenkassen zahlten Medikamente, Physiotherapien oder spezielle Untersuchungen ohne Zu-

zahlungen. Heute müssen die Patientinnen und Patienten häufig tief in die Tasche greifen und nicht alle können oder wollen sich diese Kosten leisten. Das führt nicht selten zu endlosen Diskussionen, sehr viel Unmut und lässt den Stresspegel weiter steigen.

Die Karteikarten der Patientinnen und Patienten, die für den nächsten Tag einbestellt waren, wurden früher oft am Vorabend schon herausgesucht. Durch die Digitalisierung haben sich diese Arbeitsprozesse grundlegend geändert und wenn heute die Technik streikt, ist das eine Katastrophe. Da flattern die Nerven schon mal, vor allem, wenn ständig das Telefon läutet und Patientinnen und Patienten ungeduldig oder gar übergriffig werden.

Früher waren die meisten Menschen noch entspannter, die Rentner und Rentnerinnen hatten Zeit und freuten sich, wenn sie im Wartezimmer ein Schwätzchen halten konnten. Spätestens mit der Pandemie war damit Schluss und veränderte die Stimmung in den Praxen nachhaltig. Politische Entscheidungen und Fehler in deren Kommunikation, aber auch die gesamte Situation verunsichern viele und nicht wenige reagieren noch immer zunehmend gereizt und aggressiv. Heute bei Amazon bestellt, morgen geliefert: das muss doch auch in den Praxen funktionieren, oder?

Das gesteigerte Forderungsverhalten so mancher Patientinnen und Patienten erschwert nicht nur das Leben der Medizinischen Fachangestellten. Es betrifft auch die Tiermedizinischen und Zahnmedizinischen Fachangestellten sowie die Zahntechniker*innen.

Sicher gab es auch früher schon Gewalt am Arbeitsplatz, doch darüber wurde kaum gesprochen, vielleicht weil es noch eher die Ausnahme war? Auch das hat sich leider gedreht, denn immer mehr Kolleginnen und Kollegen klagen über Übergriffe, vor allem von Patientinnen und Patienten. Professor Dr. Loerbroks und sein Team vom Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin der Medizinischen Fakultät der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf haben dieses Thema wissenschaftlich untersucht. In einem Interview haben sie unsere Fragen dazu beantwortet (ab Seite 29).

War früher tatsächlich alles besser? So manches sicher nicht, wenn wir z. B. an die analogen Quartalsabrechnungen mit gefühlt zigtausend Krankenscheinen denken. Wenn die Technik funktioniert, sind unsere Arbeitsprozesse durch die Digitalisierung deutlich verschlankt. Heute können wir uns auch problemlos vernetzen und uns austauschen, online weiterbilden. Das ist wichtig für alle vier von uns vertretenen Berufe – im beruflichen Alltag, im Privatleben und für uns im Verband und in der Berufspolitik. Früher war manches besser, aber heute auch. Lassen wir uns nicht unterkriegen!

In diesem Sinne,
Ihre Barbara Kronfeldner und Anita Marini
Referat Medizinische Fachangestellte

Vulnerable Gruppen stark betroffen

Versorgungslücke Vollnarkose

Die zahnmedizinische Versorgung von Kleinkindern, Kindern und Erwachsenen mit schweren Krankheiten sowie von Senioren ist derzeit in Deutschland stark gefährdet. Diese Personen benötigen oft eine zahnmedizinische Versorgung in Vollnarkose – die jedoch hierzulande häufig nicht ausreichend gewährleistet werden kann. Eine Umfrage der Deutschen Gesellschaft für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie (DGMKG) und der Vereinigung der Hochschullehrer für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (VHZMK) unter 30 zahnmedizinischen Universitätskliniken hat gezeigt, dass eine deutliche Mehrheit der Standorte diese vulnerablen Patient*innen nicht ausreichend versorgen kann. Die Wartezeiten für Behandlungen in Vollnarkose betragen demnach im Schnitt derzeit viereinhalb Monate – 2009 lagen sie noch bei drei bis vier Wochen. Expert*innen von DGMKG und VHZMK machen auf dieses ernste Problem aufmerksam und fordern neue Strukturen sowie eine geänderte Finanzierung.

Internetportale informieren

Klimawandel als Gesundheitsrisiko

Die Folgen des Klimawandels wirken sich auch in Deutschland auf das Wohlbefinden und die Gesundheit aus. Insbesondere häufigere Hitzetage und Hitzewellen stellen ernstzunehmende Gesundheitsrisiken dar. Im Sommer 2022 sind nach Schätzungen des Robert-Koch-Instituts etwa 4.500 Menschen infolge von Hitze in Deutschland verstorben.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sensibilisiert auf [klima-mensch-gesundheit.de](https://www.klima-mensch-gesundheit.de) für Gesundheitsrisiken, die im Zusammenhang mit dem Klimawandel stehen, sie informiert zu Schutzmöglichkeiten und gibt praxisnahe Handlungsempfehlungen. Besonders Eltern mit kleineren Kindern und älteren Menschen wird Hilfestellung gegeben, um Hitzewellen besser zu überstehen. Ebenso erhalten Kommunen, Kitas, Schulen oder Pflegeeinrichtungen Hinweise, wie sie zur Vor-

beugung von hitzebezogenen Gesundheitsproblemen beitragen und Menschen dabei unterstützen können, gut mit Hitzewellen umzugehen.

Die Deutsche Allianz für Klimawandel und Gesundheit (KLUG) – ein Netzwerk von Einzelpersonen, Organisationen und Verbänden aus dem Gesundheitsbereich – unterstützt u. a. Praxen dabei, sich zu den Themen Klima und Gesundheit fortzubilden, klimasensible Gesundheitsberatungen durchzuführen und bietet Informationsmaterial zur Einsparung von Energie und Ressourcen im Praxisalltag. Im Material-Paket „Arztpraxis“ wurden z. B. Unterlagen für das Gespräch mit Patient*innen zusammengestellt, darunter die Heidelberger Hitze-Tabelle mit einer Übersicht, welche Arzneistoffe besonderer Aufmerksamkeit bedürfen und gegebenenfalls angepasst werden sollten.

➔ Mehr: [klimawandel-gesundheit.de](https://www.klimawandel-gesundheit.de)

Nachfrage nach naturheilkundlichen Therapieverfahren für Tiere steigt

Verbindliche Regelungen fehlen

Physiotherapie, Osteopathie, Akupunktur – Tierfreunde fragen verstärkt nach naturheilkundlichen Therapieverfahren für ihre vierbeinigen Familienmitglieder. „Tierärzte sind seit einigen Jahren deutlich interessierter an Fort- und Weiterbildungen im Bereich der naturheilkundlichen Therapieverfahren“, berichtet Dr. Heidi Kübler, Vorsitzende der Gesellschaft für Ganzheitliche Tiermedizin e. V. (GGTM) in einer Meldung des Industrieverbandes Heimtierbedarf (IVH) und ergänzt: „In Zusammenarbeit mit der Akademie für tierärztliche Fortbildung der Bundestierärztekammer werden mittlerweile Seminare aus dem Bereich der Naturheilkunde angeboten.“

Problematisch sei jedoch, dass es bisher keine verbindlichen Regelungen gibt, wer zum Beispiel als Tierphysio-

therapeut oder Tierakupunktur arbeiten darf. Da es sich nicht um geschützte Begriffe handelt, darf jeder, der das möchte, sich so nennen.

„Nur bei Tierärzten wird nach der Weiterbildung die Fachkunde vor einem Gremium der Tierärztekammer überprüft. Gesetzlich ist das für Anbieter naturheilkundlicher Therapieverfahren bisher nicht vorgeschrieben. Wer also Akupunktur, Biologische Tiermedizin, Homöopathie oder Physikalische Therapien für sein Tier in Anspruch nehmen möchte, sollte sich am besten einen langjährig ausgebildeten und geprüften Tierarzt mit einer entsprechenden Zusatzbezeichnung suchen“, empfiehlt Dr. Kübler. Tierarztpraxen arbeiten häufig mit qualifizierten Expert*innen und könnten auf Nachfrage entsprechend informieren.

Immer mehr Ältere beschäftigt

Mit 50plus auf dem Arbeitsmarkt

Die Erwerbstätigkeit von Älteren ab 50 nimmt seit 20 Jahren deutlich zu. Dabei dominiert der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, insbesondere bei den 60- bis 64-Jährigen. Das zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

So ist die Beschäftigungsquote Älterer deutlich stärker gestiegen als die Beschäftigungsquote insgesamt: Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren stieg zwischen 2006 und 2021 von 37 Prozent auf 47 Prozent, bei den 55- bis 59-Jährigen sogar von 43 Prozent auf 64 Prozent.

Der hohe Arbeitskräftebedarf sollte genutzt werden, um Ältere mit individuellen Arbeitszeitregelungen, Maßnahmen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit und geeigneten Tätigkeitsprofilen für eine längere berufliche Aktivität zu gewinnen“, erklärt Enzo Weber vom IAB.

Zahnärztliche Versorgung in Zahlen

Weniger Niedergelassene

Seit geraumer Zeit sinkt die Anzahl der Praxen niedergelassener Zahnärztinnen und Zahnärzte kontinuierlich, meldet die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV): Waren es 2005 noch 46.207 Praxen, sank die Zahl 2021 erstmals unter 40.000. Ende 2021 gab es in Deutschland insgesamt 39.876 Praxen niedergelassener Zahnärztinnen und Zahnärzte. Davon waren 32.027 Einzelpraxen und 6.612 Gemeinschaftspraxen.

Insgesamt werden von der KZBV 62.962 Zahnärztinnen und Zahnärzte genannt, die Ende 2021 an der vertragszahnärztlichen Versorgung teilgenommen haben. 16.650 arbeiten als Angestellte, davon knapp 78 Prozent (12.977) in Praxen und 3.673 in Medizinischen Versorgungszentren.

Schulungsvideos für pflegende Angehörige

Sepsis erkennen

Mit acht Videos zur Aufklärung von pflegenden Angehörigen über Sepsis setzen der Verband der Ersatzkassen e. V., das Aktionsbündnis Patientensicherheit e. V., die Sepsis-Stiftung, der SepsisDialog der Universitätsmedizin Greifswald und die Deutsche Sepsis-Hilfe e. V. ihre Kampagne #DeutschlandErkenntSepsis fort. Die Filme sollen dazu beitragen, das Bewusstsein für die Erkrankung zu schärfen, und den pflegenden Angehörigen im Ernstfall Handlungsempfehlungen an die Hand geben. Die Kurzvideos sind thematisch gegliedert und erklären lebensnah, welche die Anzeichen einer Sepsis sind und was zur Vermeidung, Behandlung und Genesung beigetragen werden kann. Jährlich sterben in Deutschland mehr als 85.000 Menschen an einer Sepsis, die Mehrheit der Todesfälle gilt als vermeidbar.

„Ein viel zu wenig beachtetes Frühzeichen einer Sepsis ist eine neu aufgetretene Verwirrtheit. Für Außenstehende, beispielsweise den Rettungsdienst, ist es kaum möglich, dieses Zeichen richtig einzuschätzen. Hier sind die Angehörigen die Diagnostiker, denn sie kennen die Patientin oder den Patienten ganz genau. Deshalb ist es so wichtig, dass viele Menschen die Zeichen einer Sepsis kennen“, erklärt PD Dr. Matthias Gründling, Leiter SepsisDialog der Universitätsmedizin Greifswald.

➔ Die Videos der Schulungsreihe sind abrufbar auf dem YouTube-Kanal von **#DeutschlandErkenntSepsis** sowie im vdek-Pflegelotsen.

81 Prozent der Vollzeitbeschäftigten wünschen sich eine Viertageweche

Produktiver und gesünder – was bringt die Viertageweche?

Die Viertageweche wird öffentlich viel diskutiert. Positive Zwischenergebnisse von Pilotprojekten in Großbritannien haben gezeigt: Beschäftigte sind mit der verkürzten Arbeitszeit produktiver, weniger gestresst und seltener krank. In Deutschland hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung eine neue Studie vorgelegt. Danach wünschen sich rund 81 Prozent der Vollzeitbeschäftigten eine Viertageweche mit entsprechend niedrigerer Wochenarbeitszeit. Knapp 73 Prozent geben an, eine Arbeitszeitverkürzung nur bei gleichem Lohn zu wollen. Acht Prozent der Erwerbstätigen würden ihre Arbeitszeit auch reduzieren, wenn dadurch das Entgelt geringer ausfiele. 17 Prozent der Befragten lehnen eine Vier-Tage-Woche ab, zwei Prozent haben ihre Vollzeittätigkeit bereits auf vier Tage verteilt.

Als Hauptgrund wurde angegeben, mehr Zeit für sich selbst und für die Familie haben zu wollen. Die WSI-Forscher*innen Dr. Yvonne Lott und Dr. Eike Windscheid schlussfolgern daraus, dass eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Beschäftigte einen sehr hohen Stellenwert hat. Außerdem gaben 87 Prozent (Mehrfachnennung) an, mehr Zeit für Hobbys, Sport und Ehrenamt zu nutzen. Eine Viertageweche könnte also auch dabei helfen, zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken, so die Forschenden.

Wer eine Viertageweche verneinte, hat dagegen sehr oft das Gefühl, dass sich an den Arbeitsabläufen nichts ändern würde oder dass die Arbeit in kürzerer Zeit nicht zu schaffen wäre (Mehrfachnennungen). Etwa 86 Prozent wollen nicht verkürzen, weil sie Spaß an der Arbeit haben.

Bisherige Forschung weist darauf hin, dass Arbeitnehmende bei einer Viertageweche produktiver arbeiten, wodurch ein Lohnausgleich kompensiert werden könne, betonen Lott und Windscheid. „Insofern handelt es sich bei der Viertageweche um ein Arbeitszeitarrangement, das nicht nur betriebliche Gewinne verspricht, sondern auch individuell breit favorisiert wird“, schreiben die Forschenden. „Eine Verbesserung der subjektiven Zeitautonomie stellt dabei zugleich als wichtiger Aspekt von Arbeitgeberattraktivität einen Mehrwert bei der Gewinnung von Fachkräften dar.“

Weitere Vorteile sehen Lott und Windscheid für die Gesellschaft insgesamt – darin, dass sich Beschäftigte besser regenerieren können, Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren und eher gesund bleiben. „Es spricht daher viel dafür, dass Entscheidungsträger*innen in Politik, bei den Sozialpartnern sowie in Betrieben das Modell der Viertageweche als Instrument zur Behebung des Fachkräftemangels, zur Stabilisierung von Sozialkassen, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Gesunderhaltung von Beschäftigten in Erwägung ziehen und den verbreiteten Wunsch danach unter den Erwerbstätigen ernst nehmen sollten“, schreiben die Forschenden. Jedoch müssen bei einer Viertageweche auch die Arbeitsmenge und die Arbeitsabläufe angepasst werden. Ansonsten könnte sich eine Arbeitszeitverkürzung negativ auf die Motivation und das Wohlergehen der Beschäftigten auswirken.

„Für eine wirkungsvolle Umsetzung braucht es verbindliche Vertretungsregelungen, mehr Personal sowie eine angepasste Arbeitsorganisation, z. B. Erreichbarkeitsregeln im Kundenkontakt, und eine verringerte Arbeitsmenge, z. B. durch Automatisierungsprozesse“, schreiben Lott und Windscheid. Ein weiterer wichtiger Punkt: Mehr und verlässliche öffentliche Kinderbetreuung sei auch dann nötig, wenn künftig deutlich mehr Beschäftigte vier Tage in der Woche arbeiten.

**Erste Ergebnisse
unserer Online-Befragungen
zur Arbeitssituation bei
MFA, ZFA und in der Zahntechnik:**



Keine Besserung in Sicht?

◆ Aus dem Verbandsleben ◆ Entlastung durch E-Rezept ◆ TAMG-Update ◆
Häusliche Gewalt in der Zahnarztpraxis erkennen ◆ Konflikte ◆ Imagefilme ◆ Tarifbindung ◆

Titel:
Ergebnisse unserer
Umfragen
S. 28 bis 31



Foto: Aldeca Productions – adobe stock



Berichte

aus dem Verbandsleben
Seite 6 bis 15



Dentalmedizin

Gewalt erkennen
Seite 20/21



Zahntechnik

Konflikte managen
Seite 22/23



Recht

Tarifbindung
Seite 26/28

Editorial 3

Nachrichten 4

Berichte aus dem Verbandsleben

Einladung zu den Landeshauptversammlungen 2023 .. 6

Tarifverhandlungen bei ZFA und MFA 7

E-Health-Kongress in Augsburg 8

Kurz berichtet:

VDDH-Verbandstag / Sommerreise..... 9

Der Verband vor Ort 10

Berufe in der Praxis

Humanmedizin

Wie das E-Rezept Entlastung bringen kann 16

Veterinärmedizin

TAMG: Mit einem Klick ist alles erledigt?

EuroCongress 18

Kongress der Tierärzteschaft in Bayern

Wörlitzer Memorandum 19

Dentalmedizin

Studien sind rar:

Häusliche Gewalt und zahnmedizinische Versorgung .. 20

Zahntechnik

Konflikte – jeder kennt sie, keiner will sie..... 22

Ausbildung

Mit Imagefilmen gegen Fachkräftemangel?..... 24

Berichte von Lossprechungsfeiern

Neue Azubi-Aktion 25

Recht

Welche Regelungen gelten zur Begründung einer Tarifbindung?..... 26

Titel

Umfrage unter MFA und ZFA:

Keine Besserung in Sicht 28

Zahntechnik: Nimmt die Unzufriedenheit zu? 31

Kalender

Bildungswerk für Gesundheitsberufe 32

Veranstaltungen in den Landesverbänden 33

Beitrittserklärung 34

Impressum

praxisnah offizielles Organ des Verbandes medizinischer Fachberufe e.V.
Ausgabe pn 9+10/2023
Präsidentin: Hannelore König
verantwortliche Redakteurin: Heike Rösch (hr)
Redaktionsanschrift: Valterweg 24-25, 65817 Eppstein
Tel.: (061 98) 5 75 98 78
pn@vmf-online.de
Ständiger Redaktionsausschuss:
S. Gabel, K. Hammermann, H. König, B. Kronfeldner, C. Schüren, K. Will
Titelfoto: sdecoret– adobe stock

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Verbreitung, Vervielfältigung und Mikrokopie sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen für alle veröffentlichten Beiträge vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes wieder. Anzeigen laufen außerhalb der Verantwortung des Herausgebers.
Geschützte Warennamen (Warenzeichen®) werden nicht kenntlich gemacht. Aus dem Fehlen eines solchen Hinweises kann nicht geschlossen werden, dass es sich um einen freien Warennamen handelt.

Druck: Schmidt, Ley + Wiegandt GmbH + Co. KG, Lünen

praxisnah erscheint sechsmal im Jahr.

Verband medizinischer Fachberufe e.V.
Geschäftsstelle, Gesundheitscampus-Süd 33, 44801 Bochum, Tel.: (02 34) 777 28-0, Fax (02 34) 777 28-200
www.vmf-online.de, info@vmf-online.de

Telefonzeiten:
Mo. bis Do. 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Fr.: 8:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Anzeigenverwaltung/Vertrieb:

Geschäftsstelle,
Simone Sievers,
Tel.: (02 34) 777 28-0
Fax: (02 34) 777 28-200
info@vmf-online.de

Bankverbindung:
IBAN DE98 4416 0014 2601 6000 00
Dortmunder Volksbank BIC: GENODEM1DOR
Jahresabonnementspreis 22 Euro inkl. MwSt.
Zustellkosten ins Ausland werden zusätzlich berechnet.

Bestellungen werden vom Verband medizinischer Fachberufe e.V. entgegen genommen.
Für Verbandsmitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Kalenderjahres gekündigt wird. Bei Zahlungsverzug behalten wir uns das Recht vor, die Lieferung einzustellen und das Abonnement zu kündigen. Die Verpflichtung zur Zahlung bleibt hiervon unberührt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Diese Ausgabe erscheint unmittelbar vor unserer nächsten Protestaktion, am 8. September in Berlin. Wir zeigen der aktuellen Gesundheitspolitik die rote Karte, denn statt Stärkung unserer Berufe gab es Spargesetze und nur vereinzelt Maßnahmen, wie die Entbudgetierung der ärztlichen Leistungen bei Kindern und Jugendlichen.

Wir werden von (zahn)ärztlichen und zahntechnischen Verbänden und Institutionen aktiv unterstützt. Busfahrten oder Fahrgemeinschaften sind organisiert, damit möglichst viele Praxisteam und Teams aus den Dentallaboren unserer Bundesregierung gemeinsam die rote Karte zeigen. Auch eine spontane Teilnahme ist noch möglich, denn jedes Mitglied zählt. Als Verbandsmitglied erstatten wir Ihnen die Fahrtkosten mit öffentlichen Verkehrsmitteln in der 2. Klasse. Einfach im Anmeldeformular direkt beantragen. Infos finden Sie auf www.vmf-online.de/rote-karte

Mit unseren Forderungen sprechen wir gezielt auch die Patientinnen und Patienten an, denn es geht um ihre wohnortnahe Versorgung.

Warum müssen wir noch lauter werden? Die erneute Budgetierung von zahnärztlichen Leistungen, die Einschränkungen der erst 2021 eingeführten Parodontitistherapie sowie die Änderungen der Neupatientenregelung im GKV-Finanzstabilisierungsgesetz zum 1. Januar 2023 konnten wir mit unserem gemeinsamen Protest mit den (zahn)ärztlichen Vertretern nicht verhindern. Die Leidtragenden dieser Sparmaßnahmen sind die Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen. Die Kommunikation zu den versteckten Leistungskürzungen überlassen die Verantwortlichen in der Politik den ärztlichen und zahnärztlichen Praxisteam, die schon

jetzt mit zunehmend aggressivem und forderndem Verhalten der Versicherten konfrontiert sind. **Wir sagen daher Nein zu falschen Versprechen, die zu hohe Erwartungen wecken!**

Statt – wie im Koalitionsvertrag versprochen – Maßnahmen zu ergreifen, die die Arbeitsbedingungen der Gesundheitsberufe verbessern, gab es für die niedergelassenen Arzt- und Zahnarztpraxen nur Einsparungen. **Wir sagen daher Nein zu jahrelanger Unterfinanzierung im ambulanten Gesundheitswesen und lehnen die Budgetierung jeglicher (zahn)ärztlichen Leistungen insbesondere vorbeugender Therapien, wie bei der Parodontitis, ab!**

Die strikte Bindung an die Grundlohnsumme bei der Vergütungsregelung im Zahntechnikhandwerk verschärft den Fachkräftemangel in der Zahntechnik dramatisch und gefährdet die flächendeckende Versorgung mit Zahnersatz. Aber auch dieser Antrag der CDU/CSU-Fraktion wurde von den Ampel-Frakturen im Gesundheitsausschuss abgelehnt. Das Zahntechnikhandwerk braucht dringend eine Fortentwicklung der zahntechnischen Vergütung auf der Grundlage des tatsächlichen errechneten Bundesmittelpreises und eine angemessene und marktgerechte Vergütungsbildung für Materialkosten. **Wir sagen daher Nein zur strikten Bindung an die Grundlohnsumme!**

Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich Maßnahmen für ein vorsorgendes, krisenfestes und modernes Gesundheitswesen zu ergreifen. An das Versprechen, dass alle Menschen in Deutschland in der Stadt und auf dem Land gut versorgt und gepflegt werden, möchten wir ebenfalls erinnern. Vereinbarte Ziele wie eine bedarfsgerechte Gesundheitsversor-



Hannelore König, Präsidentin

gung, qualitativ hochwertige Medizin und eine stabile Finanzierung des Gesundheitswesens sind inzwischen in weite Ferne gerückt. **Wir sagen daher Nein zu leeren Versprechungen im Koalitionsvertrag!**

Es werden weitere Protestaktionen folgen, die wir ebenfalls unterstützen. Denn es geht um die Zukunft unserer Berufe und um die ambulante ärztliche, zahnärztliche und zahntechnische Versorgung.

Was können unsere Arbeitgeber tun? Die Ergebnisse unserer Onlineumfragen bei den Medizinischen und Zahnmedizinischen Fachangestellten sowie Zahntechniker*innen zeigen den Handlungsbedarf. Nicht nur bei der wichtigsten Stellschraube – dem Gehalt – ist Spielraum, auch beim Thema Überstunden und bei den außertariflichen Leistungen. Die zunehmende Unzufriedenheit mit der Wertschätzung durch die Arbeitgeber*innen sollte jede*n Praxis- oder Laborinhaber*in wachrütteln. Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung sind wichtiger denn je, denn die Bewerberzahlen sinken bereits.

Sprechen Sie die Situation in Ihrem Betrieb bei Ihrem Arbeitgeber konkret an, wenn Sie unzufrieden sind, denn wir brauchen Sie als Fachkräfte und Expert*innen in der (zahn)ärztlichen und zahntechnischen Versorgung und natürlich auch in der Veterinärmedizin.

Ihre Hannelore König

Aus dem Bundestag

Argumente pro GOT

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sieht die Gebührenordnung für Tierärzte (GOT) als Steuerungsinstrument zum Schutz der öffentlichen Gesundheit, des Verbraucherschutzes und des Tierschutzes, mit dem „die Attraktivität der kurativen tierärztlichen Tätigkeit erhalten und damit eine möglichst flächendeckende Tierversorgung auch durch kleine und mittlere Tierarztpraxen gewährleistet werden soll“, schreibt die Bundesregierung in einer Antwort (20/7562) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion.

Die GOT wurde im Rahmen mehrerer Verfahren von der EU-Kommission in den Jahren 2012 und 2013 intensiv geprüft und mit den Vorschriften als vereinbar angesehen. Eine Abschaffung, wie sie in den Niederlanden, Schweden, Dänemark und Großbritannien erfolgt sei, verfolge die Bundesregierung nicht. Auch Sorge die GOT dafür, durch Transparenz und Nachprüfbarkeit der Kosten Verbraucher zu schützen und Tieren eine angemessene Behandlung zuteilwerden zu lassen. Verhandlungen über den Preis vor der Behandlung entfielen. Die Arbeit der Tierärzte sei zudem wichtig, um eine frühzeitige Erkennung von Zoonosen und deren Bekämpfung sicherzustellen.

Update der S2k-Leitlinie

Diagnostik und Therapie von Aphthen

Rezidivierende Aphthen gehören zu den häufigsten Erkrankungen der Mund- und Rachenschleimhaut und beginnen meist im zweiten und dritten Lebensjahrzehnt. Die rechtzeitige Erkennung potenziell maligner Vorläuferläsionen dient der Prävention der Entstehung eines oropharyngealen Karzinoms bzw. zur Sicherung der Diagnose im Frühstadium und kann damit die Überlebensraten der Patienten erhöhen.

Die aktualisierte Leitlinie „Diagnostik und Therapieoptionen von Aphthen und aphthoiden Läsionen der Mund- und Rachenschleimhaut“ soll die diagnostische und therapeutische Sicherheit verbessern und damit eine erfolgreiche Behandlung Betroffener ermöglichen.

➔ www.dgzmk.de/diagnostik-und-therapieoptionen-von-aphthen-und-aphthoiden-laesionen-der-mund-und-rachenschleimhaut-update

1.000 Tage Apps auf Rezept

DiGA besser in Versorgung integrieren

Nach 1.000 Tagen Apps auf Rezept hat sich der Verband der Ersatzkassen e. V. (vdek) Anfang Juli eine erste Bilanz gezogen. Im Oktober 2020 hatte Deutschland als erstes Land der Welt Digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA) für alle Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) eingeführt.

„Die überschaubaren Verordnungszahlen zeigen, dass die Akzeptanz und der erlebbare Mehrwert der Anwendungen für Versicherte sowie Ärztinnen und Ärzte bisher eher gering sind. Zukünftig müssen sie besser in Behandlungspfade integriert werden und zu einer spürbaren Verbesserung der Versorgung führen“, resümiert Ulrike Elsner, Vorstandsvorsitzende des vdek. Die Akzep-

tanz in den Arztpraxen werde außerdem dann steigen, wenn eine DiGA zur Entlastung des Personals beiträgt, indem sie die Versorgung direkt unterstützt. Weiteren Handlungsbedarf sieht der vdek bei der Vergütung von DiGA, deren Höhe die Hersteller im ersten Zulassungsjahr aktuell selbst festlegen können. „Unsere Erfahrungen zeigen, dass der geforderte Herstellerpreis nicht im Verhältnis zum Patientennutzen steht. Die mit den Krankenkassen verhandelten Preise sollten daher sofort nach Aufnahme in das DiGA-Verzeichnis gelten“, verlangt Elsner. „Frühzeitig verhandelte Preise schaffen außerdem mehr Planungssicherheit für die Krankenkassen und DiGA-Hersteller.“

➔ diga.bfarm.de/de

Zi-Dashboard zu häufigen chronischen Krankheiten online

Neues Informationssystem visualisiert sechs große Volkskrankheiten

Das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (Zi) hat ein Dashboard online gestellt, mit dem die Häufigkeit von sechs ausgewählten chronischen Erkrankungen in der Bevölkerung in Deutschland für die Jahre 2015 bis 2021 visualisiert wird. Im Fokus stehen Asthma bronchiale, Chronisch obstruktive Lungenerkrankung (COPD), Diabetes mellitus, Herzinsuffizienz, Hypertonie (Bluthochdruck) und die Koronare Herzkrankheit. Grundlage sind die Daten der pseudonymisierten, krankenkassenübergreifenden vertragsärztlichen Abrechnungsdaten gemäß § 295 SGB V aus diesen Jahren. Aktualisierungen sind geplant.

„Chronische Krankheiten zählen heute in den Industriestaaten und zunehmend auch in weniger wohlhabenden Ländern zu den häufigsten und gesundheitsökonomisch bedeutsamsten Gesundheitsproblemen“, erklärt Zi-Vorstandsvorsitzender Dr. Dominik von Stillfried. „Der medizinische Fortschritt und der demografische Wandel führen dazu, dass die Zahl chronisch erkrankter Patientinnen und Patienten stark zunimmt, insbesondere im höheren Alter. So sind in der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen bereits 48,8 Prozent der gesetzlich versicherten Frauen mit der Diagnose Bluthochdruck in vertragsärztlicher Behandlung. Unter den Männern sind es 54,3 Prozent. In der Gruppe der 70- bis 79-Jährigen sind schon 67,2 Prozent der Frauen und 69,5 Prozent der Männer an Hypertonie erkrankt, unter den 80- bis 89-Jährigen 79,1 bzw. 78,1 Prozent. Während der Anteil der Versicherten mit Koronarer Herzkrankheit von 6,3 Prozent im Jahr 2015 auf 5,9 Prozent zurückging, beobachten wir für Hypertonie, Diabetes, Herzinsuffizienz und COPD im Zeitverlauf weitgehend unveränderte Prävalenzwerte.“ Einzig für Asthma wiesen die Zahlen auf einen deutlichen Anstieg hin: von 5,5 Prozent im Jahr 2015 auf 6,2 Prozent 2021.

➔ www.versorgungsatlas.de/dashboard/#/evaluation

Koordinierung von Gesundheitsversorgung und Pflege

Deutsches System ist eine Zumutung

Eine Seniorin erleidet einen Oberschenkelhalsbruch. Nach der Behandlung im Krankenhaus benötigt sie professionelle Hilfe. Dann muss innerhalb kürzester Zeit das komplette Alltagsleben neu organisiert werden. Wie stark die Patient*innen und ihre Angehörigen dabei unterstützt werden, ist international sehr unterschiedlich. Das ist das Ergebnis einer vergleichenden Studie zum Übergang von der Krankenhausversorgung zur Anschlussversorgung zu Hause bzw. im Heim.

Wissenschaftler*innen der Universität Siegen und des Mannheimer Zentrums für europäische Sozialforschung haben die Situation in Schweden, den Niederlanden, der Schweiz und Deutschland verglichen. Deutschland kommt dabei am schlechtesten weg. Einzige Schnittstelle zwischen stationärer und ambulanter Versorgung sei das Entlass-Management der Krankenhäuser, so der Leiter der Studie, Prof. Dr. Claus Wendt. Jedoch stehe dort häufig zu wenig Zeit zur Verfügung. Unter den aktuellen Bedingungen sei das deutsche System „für alle Beteiligten eine Zumutung“. Ältere Menschen benötigen meist unterschiedliche Leistungen und sind auf die Kooperation mehrerer Anbieter angewiesen. „Das macht die Sache komplex – zumal es in Deutschland kein digitales System gibt, in dem Pflegedienste und -Einrichtungen mit ihren Kapazitäten erfasst sind.“

In keinem der drei Vergleichsländer sind Patient*innen und ihre Familien so sehr auf sich gestellt, wie in Deutschland. So gibt es in den Niederlanden und in Schweden ein Hausarzt-System: Die Ärzt*innen sind für die Einweisung ins Krankenhaus zuständig – und werden informiert, sobald die Entlassung ansteht. Als Primärversorger sind sie dann automatisch in die Organisation der notwendigen Pflegeleistungen eingebunden und übernehmen die Koordination. In der Schweiz unterstützen Kommunen ältere Menschen umfassend, Pflegeleistungen und Dienste wie Einkäufe, Essen auf Rädern oder Behördengänge zu organisieren.

Um die Situation in Deutschland zu verbessern, empfiehlt Wendt: Ambulante Medizinische Versorgungszentren und große Krankenhauszentren könnten mehr Aufgaben bei der Koordination von Pflegeleistungen übernehmen. Auch die Kommunen müssten stärker eingebunden werden. Außerdem gelte es, die finanzielle Trennung zwischen ambulantem, stationärem und Pflege-Bereich aufzuheben.

➔ Kommentar S. 8

Nach Kommunalbefragung

Netzwerke Frühe Hilfen bundesweit etabliert

In 97 Prozent der Kommunen in Deutschland mit einem Jugendamt war 2020 das Angebot der Familienhebamme oder der Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegenden vorhanden. Die Gesundheitsfachkräfte suchen Familien auf und kümmern sich mit ihnen um die gesunde Entwicklung und Versorgung von deren Baby oder Kleinkind. Damit hat sich die flächendeckende Ausweitung dieses Angebots seit 2013 fortgesetzt. Das ist eines der zentralen Ergebnisse der Kommunalbefragung des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH), an der sich bundesweit nahezu alle Kommunen mit einem Jugendamt beteiligt haben.

Die Kommunalbefragungen des NZFH finden seit 2013 statt. Die aktuellen Daten zeigen, dass in über 80 Prozent der Kommunen die Corona-Pandemie einen starken Einfluss auf die Frühen Hilfen hatte. Aufsuchende Angebote mussten reduziert werden, in knapp 60 Prozent der Kommunen fielen Angebote weg. Gleichzeitig wurden neue Wege gefunden, um Familien zu erreichen und zu beraten.

In der Langzeitbeobachtung zeige sich laut NZFH eine flächendeckende Sicherung und Ausweitung der zentralen Angebote der Frühen Hilfen: In 97 Prozent der Kommunen sind in der Regel kostenfreie Eltern-Kind-Gruppen zu finden. 75 Prozent der Kommunen bieten zudem offene Sprechstunden für Eltern an. Der Einsatz der Gesundheitsfachkräfte sei inzwischen weit verbreiteter Standard.

Ein positiver Trend zeichne sich auch bei den Netzwerken Frühe Hilfen ab: Dort arbeiten Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendhilfe und dem Gesundheitswesen sowie der Schwangerschaftsberatung und Frühförderung zusammen. Im Jahr 2020 gab es in Deutschland 939 Netzwerke Frühe Hilfen. Drei befragte Kommunen hatten kein Netzwerk. Die Zahl der Netzwerkkoordinierenden ist zwischen 2013 und 2020 um 25 Prozent auf 1.008 Personen gestiegen. Rund Dreiviertel der Personen sind mindestens zwei Jahre in dieser Funktion tätig.

Die Befragung verdeutliche aber auch den Entwicklungsbedarf, so das NZFH: So stellten fehlende finanzielle Mittel ein Hindernis für den weiteren Ausbau des Angebots dar. Bei der Netzwerkkoordination Frühe Hilfen gab über ein Drittel der befragten Kommunen zudem an, dass das Personal nicht ausreicht. In über der Hälfte fehlten Gesundheitsfachkräfte für eine bedarfsgerechte Versorgung.

➔ www.fruehehilfen.de

VDDI-Positionspapier

TPO-haltige Produkte sind sicher

Diphenyl-(2,4,6-Trimethylbenzoyl)-Phosphinoxid (TPO) ist eine phosphororganische Substanz, die in der Dentalindustrie vielfach als Photoinitiator zur Herstellung verschiedener Produkte eingesetzt wird. Sie wird zukünftig als reproduktionstoxisch Kat. 1B eingeordnet.

Damit müssen die betroffenen Hersteller bei einer weiteren Verwendung dieses Stoffes in Medizinprodukten eine besondere Rechtfertigung ausarbeiten. Verschiedene Hersteller im

VDDI haben die potenzielle Exposition von TPO auf Patienten analysiert, TPO mit alternativen Substanzen und Behandlungsformen verglichen und eine Nutzen-Risiko-Bewertung durchgeführt.

Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die betrachteten TPO-haltigen Produkte in der Praxis unter Einhaltung der Vorgaben in der Gebrauchsanweisung sicher sind. Das Positionspapier steht auf der Website des VDDI.

➔ www.vddi.de/technik-recht/tpo

Rote Karte für die Gesundheitspolitik



Verbandsleben ♦ Augenheilkunde ♦ Perspektiven für TFA ♦ Hypnose in der Zahnarztpraxis ♦
Preise und Löhne in der Zahntechnik ♦ Mobiles Arbeiten und Lernen ♦ Altersvorsorge

Titel:
Protestaktion in Berlin
 S. 26 bis 31



Berichte

aus dem Verbandsleben
 Seite 6 bis 13



Humanmedizin

Augenheilkunde
 Seite 14/15



Dentalmedizin

Hypnoseassistentz
 Seite 18/19



Zahntechnik

Der VDZI zum Protest
 Seite 20/21

Editorial 3

Nachrichten 4

Berichte aus dem Verbandsleben

Mitgliedervotum bei Tarifverhandlungen ZFA 6

Start in die MFA-Tarifrunde für 2024. 7

Basisseminar 2023 8

Pressekonferenz in Berlin..... 8

Der Verband vor Ort 9

Berufe in der Praxis

Humanmedizin

Augenheilkunde: Risiken bei Kontaktlinsen,
 Glaukom-Therapie als OP,
 Kunstlinsen bei Alterssichtigkeit 14

Veterinärmedizin

Über TFA-Aufstiegsfortbildungen im Gespräch 16

Treffen des Dessauer Zukunftskreises..... 17

Dentalmedizin

Assistenz bei Hypnose in der Zahnarztpraxis 18

Zahntechnik

VDZI-Sicht zur Preis- und Lohnentwicklung
 in der Zahntechnik 20

Kommentar:
 Was zur Veränderung noch notwendig ist 21

Ausbildung

Mehr Flexibilität erwünscht 22

Mobiles Arbeiten und Lernen in der Ausbildung
 Neue Azubi-Aktion 23

Recht

Betriebliche Altersversorgung und
 Entgeltumwandlung 24

Titel

Protestaktion in Berlin:
 „Es geht nicht um Almosen, es geht um eine
 gerechte Entlohnung für eine großartige Leistung“ ... 26

Kalender

Bildungswerk für Gesundheitsberufe 32

Veranstaltungen in den Landesverbänden 33

Beitrittserklärung 34

Impressum

praxisnah offizielles Organ des Verbandes
 medizinischer Fachberufe e.V.
 Ausgabe pn 11+12/2023
Präsidentin: Hannelore König
verantwortliche Redakteurin: Heike Rösch (hr)
Redaktionsanschrift: Valterweg 24-25,
 65817 Eppstein
 Tel.: (061 98) 5 75 98 78
 pn@vmf-online.de

Ständiger Redaktionsausschuss:
 S. Gabel, K. Hammermann, H. König,
 B. Kronfeldner, C. Schüren, K. Will
 Titelfoto und Foto S. 2 oben: Tanja Marotzke
 Alle Rechte, insbesondere das Recht der Verbrei-
 tung, Vervielfältigung und Mikrokopie sowie das
 Recht der Übersetzung in Fremdsprachen für alle
 veröffentlichten Beiträge vorbehalten. Nachdruck,
 auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des
 Herausgebers. Namentlich gekennzeichnete Bei-
 träge geben nicht unbedingt die Meinung des
 Verbandes wieder. Anzeigen laufen außerhalb der
 Verantwortung des Herausgebers.
 Geschützte Warennamen (Warenzeichen®) werden
 nicht kenntlich gemacht. Aus dem Fehlen eines
 solchen Hinweises kann nicht geschlossen wer-
 den, dass es sich um einen freien Warennamen
 handelt.

Druck: Schmidt, Ley + Wiegandt GmbH + Co. KG,
 Lünen

praxisnah erscheint sechsmal im Jahr.

Verband medizinischer Fachberufe e.V.

Geschäftsstelle, Gesundheitscampus-Süd 33,
 44801 Bochum, Tel.: (02 34) 777 28-0,
 Fax (02 34) 777 28-200

www.vmf-online.de, info@vmf-online.de

Telefonzeiten:

Mo. bis Do. 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Fr.: 8:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Anzeigenverwaltung/Vertrieb:

Geschäftsstelle,

Simone Sievers,

Tel.: (02 34) 777 28-0

Fax: (02 34) 777 28-200

info@vmf-online.de

Bankverbindung:

IBAN DE98 4416 0014 2601 6000 00

Dortmunder Volksbank BIC: GENODEM1DOR

Jahresabonnementspreis 22 Euro inkl. MwSt.

Zustellkosten ins Ausland werden zusätzlich
 berechnet.

Bestellungen werden vom Verband medizinischer
 Fachberufe e.V. entgegen genommen.

Für Verbandsmitglieder ist der Bezugspreis im
 Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein
 Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des
 Kalenderjahres gekündigt wird. Bei Zahlungsver-
 zug behalten wir uns das Recht vor, die Lieferung
 einzustellen und das Abonnement zu kündigen.
 Die Verpflichtung zur Zahlung bleibt hiervon
 unberührt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Für uns als Landesvorstände ist jetzt eine arbeitsintensive Zeit angebrochen. Es gilt, die Mitgliederrechte umzusetzen. Dies tun wir mit den Landeshauptversammlungen, die alle im Monat November stattfinden.

Die Delegierten sind auf Bezirksebene gewählt und stehen – hoffentlich – in „den Startlöchern“. Für uns bedeutet dies, die Unterlagen satzungskonform zusammenzustellen und entsprechend in den Versand zu geben. Vorab wird dies alles mit Landesvorstandsmitgliedern diskutiert und abgesprochen. Wir danken an dieser Stelle unseren aktiven Kolleginnen und Kollegen für die Unterstützung.

Wenn Sie jetzt fragen: „Ist das noch aktuell?“, „Kann ich nicht einfach online abstimmen?“, so möchten wir Ihnen Folgendes sagen:

Für uns ist der Austausch – in welcher Form auch immer – sehr wichtig. Sie sind unsere Basis und Sie haben das Recht, unser Arbeiten und Wirken zu bestimmen. Die Wahl, ob man dies online durchführt oder sich in Präsenz trifft, ist erst seit diesem Jahr gesetzlich möglich. Hierzu wäre im nächsten Jahr bei unserer Bundeshauptversammlung eine Satzungsänderung notwendig. Zur Umsetzung müssten dann noch Richtlinien/Standards in den Ländern geschaffen werden, damit Online-Mitgliederversammlungen satzungskonform durchgeführt werden könnten.

Vieles haben wir geschafft: Die Pandemie mit all ihren zusätzlichen Bedingungen, einen Kongress, Arbeitssitzungen, Schulungen, ein Basisseminar für die ehrenamtlichen Aktiven aus unseren Berufen, die vor Ort auf uns aufmerksam machen wollen, und vieles mehr.

In Berlin haben in diesem Jahr im Februar und im September Protestkundgebungen unseres Verbandes stattgefunden. Auch bei anderen Aktionen waren wir dabei und werden sie weiter unterstützen, um über die Situation und die Kompetenzen unserer Berufe zu informieren. Sie können herauslesen, dass unser Berufsleben nicht weniger arbeitsintensiv ist als Ihre Praxis-/Kliniktätigkeit.

Wir freuen uns auf jede*n neue*n Aktive*n, die oder der uns unterstützen möchte, die oder der mitwirken will, neue Ideen mitbringt oder einfach die eigene Meinung nur kundtun will. Bitte melden Sie sich bei Ihrer oder Ihrem zuständigen Landesvorsitzenden, damit wir Sie zu einer der nächsten Sitzungen einladen können. Sie sind herzlich willkommen.

Unser Dank gilt aber vor allem Ihnen, unseren Mitgliedern, die uns die Treue halten und dadurch erst ermöglichen, dass wir alle so „emsig schaffen“ können.

Wir wünschen Ihnen allen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch in das neue Jahr 2024. Bewahren Sie sich Ihre Freude am Beruf, Ihre Hingabe zu den Menschen und entfalten Sie, gern auch mit unserer Hilfe, Ihr Selbstbewusstsein. Ohne uns geht in Deutschland in Sachen Gesundheitsversorgung nichts. Ohne unseren Verband würden Ihre Bedürfnisse sicher nicht gehört werden. Bleiben Sie gesund.

Ihre Landesvorsitzenden und -vorstände

Fehlendes Problembewusstsein

Mehrheit überschätzt eigene Fähigkeiten beim Zähneputzen

Mit dem Zähneputzen haben sich zwei Studien der Arbeitsgruppe um Prof. Dr. Renate Deinzer am Institut für Medizinische Psychologie der Justus-Liebig-Universität Gießen befasst.

In der ersten Studie, die in der Zeitschrift „BMC Oral Health“ erschien, sollten die Teilnehmenden mithilfe eines Fragebogens die Sauberkeit ihrer Zähne unmittelbar nach dem Zähneputzen einschätzen. Die Wissenschaftler*innen wollten herausfinden, ob sich die Menschen der Defizite ihres Putzerfolges bewusst sind. Das Ergebnis: Alle Studiengruppen schätzten die Sauberkeit ihrer Zähne als sehr hoch ein. Im Mittel gingen sie davon aus, dass sie etwa 70 Prozent der Messstellen am Zahnfleischrand sauber geputzt hatten – tatsächlich waren es nur um die 30 Prozent. In der zweiten Studie, die in derselben Zeitschrift erschien, verglich die Gießener Arbeitsgruppe zwei Gruppen, die unterschiedliche Anweisungen zum Zähneputzen erhalten hatten. Eine Gruppe sollte ihre Zähne „wie gewöhnlich“ putzen, die andere hingegen „so gründlich wie möglich, sodass sie ganz sauber sind“. Das Ergebnis: Die Versuchspersonen, die „so gründlich wie möglich“ putzen sollten, putzten ihre Zähne wesentlich länger und verwendeten häufiger Zahnseide – ihre Zähne waren jedoch nicht sauberer als die der Teilnehmer*innen aus der ersten Gruppe.

Unabhängig von der Gruppenzugehörigkeit waren weniger als 40 Prozent der Messstellen am Zahnfleischrand plaquefrei. Das scheint nicht verwunderlich, da beide Gruppen gleichermaßen ihre Zahnninnenflächen vernachlässigten. Auch hinsichtlich der Zahnputztechniken unterschieden sie sich nicht, und bei der Zahnzwischenraumpflege machten sie dieselben Fehler.

Das zeigt: Bei der Frage nach der „richtigen“ Zahnputztechnik denken viele Menschen eher daran, dass man viel tun muss, und nicht, dass es auch auf die Qualität ankommt. Dies sei ein Dilemma, betont Prof. Deinzer: „Ohne ein Problembewusstsein für die eigenen mangelhaften Fertigkeiten fehlt die Einsicht, dass Zeit und Mühe investiert werden müssen, um das Zähneputzen nochmal neu zu lernen. Ein solches Problembewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen, ist die nächste Herausforderung – für das Institut und die Zahnmedizin überhaupt.“

Stimmungstief in ambulanter Versorgung

Unzufriedenheit ist groß

Die Stimmung unter den 185.000 in Deutschland niedergelassenen Haus- und Fachärzt*innen sowie Psychotherapeut*innen ist auf einem historischen Tiefpunkt angelangt. Waren 2019 rund 30 Prozent der Befragten mit ihrer Situation in der Niederlassung unzufrieden, stieg dieser Wert in den beiden Folgejahren auf 41 (2020) bzw. 45 Prozent (2021). Anfang 2023 haben 55 Prozent der Niedergelassenen ihre berufliche Situation als schlecht bzw. sehr schlecht eingeschätzt.

Die Bewertung der Rahmenbedingungen für die Berufsausübung fällt für die einzelnen Fachgebiete unterschiedlich aus. So schätzten die Praxisinhaber*innen in den Fachgebieten Psychotherapie sowie Psychosomatische Medizin und Psychotherapie ihre Lage vergleichsweise positiv ein. Von ihnen beschrieben nur 37 bzw. 45 Prozent ihre Situation in der Niederlassung als schlecht oder sehr schlecht. Im Gegensatz dazu kamen jeweils über 70 Prozent der Inhaber*innen gynäkologischer und orthopädischer Praxen zu einer negativen Bewertung. Im größten Fachgebiet der hausärztlichen Allgemeinmedizin und Inneren Medizin wurde die Lage von 60 Prozent der Niedergelassenen als schlecht bis sehr schlecht bewertet.

Das sind die Kernergebnisse einer Umfrage im Rahmen des Zi-Praxis-Panels (ZiPP), mit dem das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (Zi) die Stimmung in den knapp 100.000 Arzt- und Psychotherapiepraxen in Deutschland beleuchtet hat. An der jüngsten ZiPP-Erhebung nahmen 3.401 Praxisinhaber*innen teil.

Mehr bestätigte H5N1-Infektionen bei Säugetieren

Verstärkte Überwachung empfohlen

Die bestätigten Infektionen mit Vogelgrippe-Viren (H5N1) bei Säugetieren in Europa haben sich seit 2020 vervielfacht. Das zeigt eine Übersicht des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) in seiner Risikoeinschätzung zur Hochpathogenen Aviären Influenza H5 von Ende September. Darin heißt es unter anderem: „Während Polen im Juni 2023 ein ungewöhnliches Auftreten von Dutzenden Todesfällen bei Hauskatzen meldete, bei denen in über 20 der untersuchten Proben HPAIV H5N1 festgestellt wurde, meldete Finnland ab Ende Juni bis August HPAIV H5N1 Infektionen bei erkrankten Füchsen, Nerzen oder Marderhunden in insgesamt 25 Pelztierhaltungen. Die finnischen Behörden ordneten Keulungen in den betroffenen Farmen (ungefähr 120.000 Tiere) und die aktive Überwachung aller größeren Pelzfarmen des Landes an.“ Aber auch infizierte wildlebende Säugetiere (marine und terrestrische Fleischfresser) seien weiterhin aus Europa gemeldet wor-

den. Das Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit empfiehlt, die Überwachung wildlebender Säugetiere, aber auch in Gefangenschaft gehaltener Pelztiere auf eine HPAIV H5-Infektion zu verstärken. „In gleicher Weise sollten Hunde, Katzen und Schweine, die in Betrieben mit Geflügel mit HPAI-Ausbrüchen gehalten werden, in die Umgebungsuntersuchungen (Tupfer- und Serumproben) einbezogen werden.“

Zu den infizierten Katzen in Polen berichtet das FLI außerdem: Die Tiere kamen aus verschiedenen Landesteilen und zeigten teilweise schwere Krankheitssymptome, wie Pneumonie und zentralnervöse Störungen. Betroffen waren sowohl Freigänger-Katzen als auch solche, die durchgängig im Haus gehalten wurden. Es gibt keine Hinweise auf eine Übertragung von Katze zu Katze oder Katze zu Mensch. Untersuchungen zur Identifikation der Infektionsquelle(n) seitens der zuständigen polnischen Behörden laufen.

Potenziell inadäquate Medikation im Alter (PIM)

Mit PRISCUS unerwünschte Wechsel- und Nebenwirkungen vermeiden

Einer Analyse des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WiDO) zufolge haben 8,3 Millionen ältere Menschen in Deutschland 2022 mindestens einmal ein Medikament verordnet bekommen, das zu unerwünschten Wechsel- oder Nebenwirkungen führen kann. Dieser Anteil an den Verordnungen ist in den vergangenen zehn Jahren leicht zurückgegangen: 2022 waren 12,3 Prozent aller an ältere Menschen verordneten Tagesdosen potenziell ungeeignet. 2013 waren es 14,6 Prozent.

Grundlage der Auswertung sind die an die 16,4 Millionen älteren GKV-Versicherten verordneten Arzneimittel, die auf der PRISCUS-2.0-Liste verzeichnet sind. Diese Liste enthält inzwischen 183 Wirkstoffe, die als potenziell inadäquate Medikation im Alter (PIM) gelten, und deren Alternativen. Eingeflossen sind nur Medikamente, bei denen eine Therapie von mehr als acht Wochen erkennbar war.

Mehr als die Hälfte der PIM-Verordnungen bezieht sich auf Magenschutzprä-

parate (Protonenpumpenhemmer). So wird zum Beispiel nach Krankenhausaufenthalten oft unterlassen, diese Medikamente nach und nach abzusetzen oder in der Dosis zu reduzieren. „Die langfristige Einnahme sorgt jedoch vor allem bei älteren Menschen für ein erhöhtes Risiko für Osteoporose oder Knochenbrüche, insbesondere, wenn zugleich Cortison eingenommen wird. Auch die Aufnahme wichtiger Mineralstoffe, zum Beispiel Eisen, kann darunter leiden, aus der sich mitunter falsche Demenz-Diagnosen ergeben können“, erklärt Frauke Repschläger, Beratungssapothekerin der AOK Rheinland/Hamburg.

Ein weiteres Beispiel ist eine erhöhte Sturzgefahr durch Beruhigungs- und Schlafmittel.

Unverzichtbar seien Übersichten und Nachweise über die gesamte Medikation. An diesem Punkt verspricht sich die AOK Rheinland/Hamburg viel von der elektronischen Patientenakte.

➔ www.priscus2-0.de/index.html

An BMG übermittelt

Konkrete Vorschläge, wo entbürokratisiert werden könnte...

Zum Bürokratieabbau in der ambulanten Versorgung hat die Kassenärztliche Vereinigung (KBV) konkrete Vorschläge an das Bundesgesundheitsministerium (BMG) übermittelt. Aktuell verbringt jede Praxis mehr als einen Tag pro Woche mit bürokratischen Aufgaben.

Großes Einsparpotenzial sieht die KBV bei Krankenschreibungen. So könnten Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen in Bagatellfällen entfallen, wenn sich Arbeitnehmer*innen an drei bis fünf fortlaufenden Tagen ohne ärztliche Bescheinigung arbeitsunfähig melden dürften. Eine ähnliche Flexibilisierung sollte für die ärztliche Bescheinigung bei Erkrankung eines Kindes erwogen werden. Die KBV stellte klar, dass es bei der Karenzregelung es ausschließlich um leichte Erkrankungen gehe. Eine Entlastung würde zudem eine komplett digitale AU bringen. Der Versicherten-durchschlag könnte künftig in der elektronischen Patientenakte abgelegt werden.

Verzichtet werden könnte ebenso auf den Konsiliarbericht, mit dem ein Arzt bestätigt, dass keine Kontraindikationen gegen die Aufnahme einer Psychotherapie bestehen.

Als enormen Zeitkiller bezeichnet die KBV die Anfragen von Krankenkassen, vom Medizinischen Dienst, von Sozial- und Versorgungsämtern, Jobcentern, privaten Versicherungen, Pflegeheimen und anderen Stellen. Hier sollte geprüft werden, ob bestimmte Informationen an andere beteiligte Behörden weitergeleitet werden können. Notwendig seien außerdem einheitliche Formulare und die Möglichkeit der digitalen Übermittlung der Daten. Zudem fordert die KBV eine Geringfügigkeitsgrenze für Anfragen. Einfachere Regeln sollen zudem für Videosprechstunden gelten.

Großes Einsparpotenzial sieht die KBV auch bei den Abrechnungsprüfungen der Krankenkassen. Um unnötige Prüfungen und den damit einhergehenden bürokratischen Aufwand zu verhindern, fordert die KBV analog zum Krankenhausbereich eine Gebühr für unbegründete Anträge. Zusätzlich sollte die Geringfügigkeitsgrenze erhöht werden.

Darüber hinaus setzt sich die KBV für eine Verschlan- kung des Zulassungsverfahrens und die Vereinfachung oder Abschaffung bestimmter Formulare ein.

➔ www.kbv.de/html/1150_65276.php

Branchentreff geht in die zweite Runde

Zahntechnik plus 2024

Nach der Premiere im Jahr 2022 findet die Zahntechnik plus am 3. und 4. Mai 2024 in neuer Location im Congress Center Leipzig ihre Fortsetzung. Die Kombination aus Kongress und themenbezogener Ausstellung wendet sich an die Inhaber*innen von Dentallaboren, Zahntechniker*innen und Beschäftigte der Branche. Gezeigt werden Produktinnovationen und Services. Das parallel stattfindende Kongressprogramm umfasst Vorträge, Diskussionsrunden und Seminare mit fünf parallelen Programmsäulen. Diese setzen sich aus dem Expertise-Kongress der Fachgesellschaft für Zahntechnik (FZT e.V.), den drei Themenwelten zu zentralen dentalen Technologie- und Wirtschaftsthemen sowie den Ausstellervorträgen und Workshops mit Produktvorstellungen und Hintergrundinformationen zusammen. Inhalte der Themenwelten sind: Nachhaltiges Labor, Moderne Technologien und Personal.

Der Verband medizinischer Fachberufe e. V. ist wieder mit einem Info-Stand dabei und hat sein Angebot für einen Fachvortrag zum Thema „Moderne Personalentwicklung im Labor“ abgegeben.

➔ www.zahntechnik-plus.de/de/